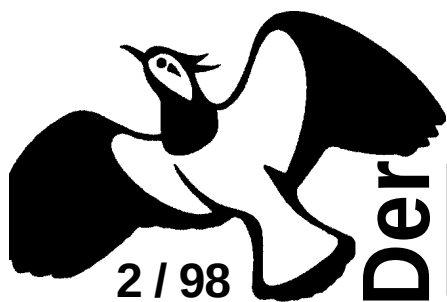




Der Kiebitz

Lokale

Agenda



Fauna-Flora-Habitat



AGNU aktiv

Inhalt

Lokale Agenda 21

- 1 Lokale Agenda
- 2 Impressum
- 3 Lokale Agenda 21 in Haan
- 3 Agenda 21: Inhalt
- 5 Agenda 21 / Kapitel 1: Präambel
- 6 Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen
- 10 Kapitel 28: Lokale Agenda 21

Impressum

Der Kiebitz ist die Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaften Natur + Umwelt Bad Lauchstädt und Haan und erscheint vierteljährlich im Januar, April, Juli und Oktober. Für Mitglieder der AGNU Haan e.V. sowie der Haaner Ortsgruppen von BUND, NABU und RBN ist der Bezug im Jahresbeitrag enthalten.

Herausgeber: AG Natur + Umwelt Haan e.V.

Postfach 15 05, 42759 Haan

email: fwolfermann@filenet.com

Internet: http://ourworld.compuserve.com/homepages/AGNU_Haan

AG Natur + Umwelt Bad Lauchstädt im AHA

AK Hallesche Auenwälder zu Halle/Saale e.V.

Große Klausstraße 11, 06108 Halle/Saale

email: auen@rocketmail.com

Internet: <http://members.aol.com/ahahalle/ahaact.htm>

Redaktion: Frank Wolfermann, Sven M. Kübler, Walter Zehler

Autoren dieser Ausgabe: Volker Hasenfuß, Dr. Karin Hoppe, Sabine Kröber (NABU), Heidi Linke, Markus Rotzal, Hans-Jürgen Serwe, Dr. Ralf Sonntag (Greenpeace), Thorsten Wiegers (NABU) sowie Artikel aus „Der Tagesspiegel“, „Westdeutsche Zeitung“, „Rheinische Post“, „Die Zeit“

Auflage: 800

Einzelpreis: DM 2,50

Abonnement: DM 10,00/Jahr frei Haus

Hinweis: Mit obigen Zeichen gekennzeichnete Artikel („Vorsicht! Ironie“) sollten nur entsprechend vorgebildete LeserInnen konsumieren. LeserInnen, denen Ironie und Satire fremd oder sogar zuwider sind, raten wir dringend vom Lesen ab!

Alle Artikel sind mit vollen Namen gekennzeichnet und können durchaus die Meinung der Redaktion wiedergeben, müssen es aber nicht. Nachdruck ist, mit Angabe der Herkunft, ausdrücklich erwünscht (Belegexemplar erbeten)!

Redaktionsschluß: 2/98: 16.5.1998 - 3/98: 27.6.1998.

Umwelt

- 12 Soziale und ökologische Steuerreform
- 13 Keine plumpe Benzinpreiserhöhung
- 16 Naturschutzverbände ergreifen Initiative
- 18 Auszeichnung für junge Naturschützer
- 37 Bio - wohin man auch sieht
- 42 Greenpeace kämpft für ein weltweites Walschutzgebiet

Energie

- 14 TV-Sparbox
- 15 Wenn der Strom nur ins Leere läuft

AGNU intern

- 19 Bachreinigungsaktion 1998 - Ittertal -
- 20 Nach Waldlauf in die „Birkensauna“
- 21 Schrotti - man gönnt sich ja sonst nichts!
- 21 Wer zählt die Weiden, nennt die Namen

Verkehr

- 24 Der Traum vom Fahren
- 25 Angebote & Preise

Haan

- 26 Golfplatz Gruiten
- 27 Ein bißchen Wahrheit...
- 28 Keine K20n e.V.
- 29 „Auf Straße verdampft“
- 30 Vergütung von Solarstrom
- 30 Bürgerantrag

Natur

- 32 Sanfte Hornissen
- 34 Die Singdrossel
- 35 Live vom Falkenhorst
- 35 Vögel in England bedroht
- 36 Sumpfstendelwurz (Epipactis palustris)
- 37 Die Wildbirne

Rubriken

- 22 Wann, was, wo, wer?
- 25 Einkaufen auf dem Bauernhof
- 38 In Kürze
- 40 Pikantes aus der Vollwertküche
- 41 Und sonst?

Lokale Agenda 21 in Haan

FRANK WOLFERMANN

Lokale Agenda 21 - ein ausgesprochen sprödes und schwer zu greifendes Thema. Andererseits bietet aber die „Lokale Agenda 21“ sehr viel Spielraum für Visionen und eigene Aktionen.

Worum geht es überhaupt? 1972 wurde in dem Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit klar aufgezeigt, daß die „Grenzen des Wachstums“ (so auch der Titel des Berichts und des gleichnamigen Buchs von Dennis Meadows u.a.) irgendwann in den nächsten Jahrzehnten erreicht werden und die Menschheit einer Hunger- und Umweltkatastrophe entgegen geht, falls sie nicht umgehend gegensteuert. Knapp 20 Jahre später kamen in Rio de Janeiro die Regierungschef oder deren Vertreter von 170 Staaten zusammen und beschlossen endlich, gemeinsam Maßnahmen gegen „zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum“ sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme“ zu ergreifen. Obwohl die dadurch entstandene „Agenda 21“ als Maßnahmenkatalog für das 21. Jahrhundert nur ein Kompromiß zwischen allen vertretenen Interessen war, beinhaltet sie doch schon so viele Erkenntnisse und Anregungen, daß viele froh wären, wenn wenigstens dieser Kompromiß umgesetzt würde.

Aber genau daran hapert es wieder einmal. Zwar werden in Kapitel 28 der Agenda 21 die Kommunalverwaltungen aufgefordert, bis 1996 (!) «einen Konsens hinsichtlich einer „Lokalen Agenda 21“ für die Gemeinschaft» zu erzielen. Aber nur wenige Kommunalverwaltungen sind bisher für die „Lokale Agenda 21“ aktiv geworden. Auch in Haan bedarf es erst der Initiative der AGNU, damit Bürgermeister Mönikes zur Auftaktveranstaltung „Lokale Agenda 21“ (am 12. März 1998) einlud. Leider erhielten wichtige Gruppen, wie Schulen und Kirchengemeinden, keine persönlich Einladung und folgten auch nicht der Einladung in der Presse. Seitdem ist nichts mehr passiert, wir bleiben aber am Ball.

Die AGNU versucht, in diesem Kiebitz das Interesse aller Bevölkerungsgruppen an der Lokalen Agenda 21 zu wecken und gleichzeitig die Grundlagen hierfür durchsichtiger zu machen.

Wir hoffen, mit dem Titelthema des neuen Kiebitz Ihr Interesse an einer Mitarbeit geweckt zu haben und würden uns freuen, wenn Sie auf den nächsten Veranstaltungen hier in Haan mit aktiv werden würden.

Agenda 21: Inhalt

1. Präambel (6) - s. Seite 5

Teil I Soziale und wirtschaftliche Dimensionen

2. Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik (43)
3. Armutsbekämpfung (12)

4. Veränderung der Konsumgewohnheiten (27)
5. Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung (66)
6. Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit (46)
7. Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung (80)
8. Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung (54)

Teil II Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung

9. Schutz der Erdatmosphäre (35)
10. Integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen (18)
11. Bekämpfung der Entwaldung (40)
12. Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme. Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürren (63)
13. Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme. nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten (24)
14. Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung (104)
15. Erhaltung der biologischen Vielfalt (11)
16. Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie (46)
17. Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren einschließlich umschlossener und halbumschlossener Meere und Küstengebiete sowie Schutz, (rationelle Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen (135)
18. Schutz der Güte und Menge der Süßwasserressourcen. Anwendung integrierter Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen (90)
19. Umweltverträglicher Umgang mit toxischen Chemikalien einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung des illegalen internationalen Handels mit toxischen und gefährlichen Produkten (76)
20. Umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle einschließlich der Verhinderung von illegalen internationalen Verbringungen solcher Abfälle (46)
21. Umweltverträglicher Umgang mit festen Abfällen und klärschlammsspezifische Fragestellungen (49)
22. Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen (9)

(In Klammern ist die Anzahl der jeweiligen Unterkapitel angegeben)

Teil III Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen

23. Präambel (4)
24. Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung (12)
25. Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung (17)
26. Anerkennung und Stärkung der Rolle der eingeborenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften (9)
27. Stärkung der Rolle der nichtstaatlichen Organisationen Partner für eine nachhaltige Entwicklung (13)
28. Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21 (7)
29. Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften (14)
30. Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft (30)
31. Wissenschaft und Technik (12)
32. Stärkung der Rolle der Bauern (14)

Teil IV Möglichkeiten der Umsetzung

33. Finanzielle Ressourcen und Finanzierungsmechanismen (21)
34. Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Stärkung von personellen und institutionellen Kapazitäten (29)
35. Die Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung (25)
36. Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewußtseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung (27)
37. Nationale Mechanismen und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in Entwicklungsländern (13)
38. Internationale institutionelle Rahmenbedingungen (45)
39. Internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen (10)
40. Informationen zur Entscheidungsfindung (30)

Agenda 21 / Kapitel 1: Präambel

1.1 Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt. Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns jedoch gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist.

1.2 Diese globale Partnerschaft muß sich auf die Einleitung der Resolution 44/228 der Generalversammlung vom 22.12.1989 stützen...; sie muß auch von der Erkenntnis getragen sein, in Umwelt- und Entwicklungsfragen einen ausgewogenen und integrierten Ansatz zu verfolgen.

1.3 In der Agenda 21 werden die dringlichsten Fragen von heute angesprochen, während gleichzeitig versucht wird, die Welt auf die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten. Die Agenda 21 ist Ausdruck eines globalen Konsenses und einer politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich von Entwicklung und Umwelt. Ihre erfolgreiche Umsetzung ist in erster Linie Aufgabe der Regierungen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür sind politische Konzepte, Pläne, Leitsätze und Prozesse auf nationaler Ebene. Die auf nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen sind durch eine internationale Zusammenarbeit zu unterstützen und zu ergänzen. Hierbei fällt dem System der Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle zu. Auch andere internationale, regionale und subregionale Orga-

nisationen und Einrichtungen sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Außerdem muß für eine möglichst umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit und eine tatkräftige Mithilfe der nicht-staatlichen Organisationen und anderer Gruppen Sorge getragen werden.

1.4 Die entwicklungs- und umweltpolitischen Ziele setzen einen erheblichen Zustrom neuer, zusätzlicher Finanzmittel in die Entwicklungsländer voraus, damit die Mehrkosten der Maßnahmen gedeckt werden können, die von diesen Ländern zur Bewältigung globaler Umweltprobleme und zur Beschleunigung einer nachhaltigen Entwicklung ergriffen werden müssen. Außerdem werden weitere Finanzmittel benötigt, um die Kapazitäten der internationalen Einrichtungen zur Umsetzung auszubauen. ...

1.5 Bei der Umsetzung den verschiedenen Programmbereichen gebührt den besonderen Gegebenheiten, die in den im Übergang befindlichen Wirtschaftssystemen zum Tragen kommen, besondere Beachtung. Es muß auch anerkannt werden, daß sich diese Länder bei der Umstellung ihrer Wirtschaftssysteme noch nie dagewesenen Herausforderungen stellen müssen, in manchen Fällen unter Rahmenbedingungen, die von erheblichen sozialen und politischen Spannungen geprägt sind.

1.6 Die einzelnen Programmbereiche werden in Form einer Ausgangsbasis sowie bestimmter Ziele, Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung konkretisiert. Die Agenda 21 ist ein dynamisches Programm. Sie wird von den Beteiligten im Einklang mit den Gegebenheiten, Möglichkeiten und Prioritäten der einzelnen Länder und Regionen sowie unter umfassender Berücksichtigung aller in der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung enthaltenen Grundsätze umgesetzt. Sie kann sich im Laufe der Zeit angesichts veränderter Bedürfnisse und Umstände fortentwickeln. Dieser Prozeß stellt den Beginn einer neuen globalen, auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Partnerschaft dar.

Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen

Zum Stand der Umsetzung einer lokalen Agenda 21

HANS-JÜRGEN SERWE

Bis Ende 1996 sollten alle Städte und Gemeinden eine eigene lokale Agenda 21 (LA 21) aufgestellt haben. Die in Rio 1992 verabschiedete Agenda 21 ist der erste umfassende globale Umwelt- und Entwicklungsleitfaden, auf den sich die Menschheit geeinigt hat. Ziel ist die nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Weltgesellschaft.

Bedeutung der Kommunen im Agenda 21-Prozeß

Die Autoren der Agenda 21 haben richtig gesehen, daß «viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind», und «die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Wirklichkeit ... der Ziele» ist. Wie alle thematischen Kapitel der Agenda ist Kapitel 28 (s.a. Seite 10) über die Rolle der Kommunen nach dem Schema Handlungsgrundlage, Ziele, Maßnahmen und Instrumente der Umsetzung gegliedert. Unter den Zielen für die Kommunen steht die Formulierung der LA 21 an erster Stelle, gefolgt von einem Konsultationsprozeß der Staatengemeinschaft mit dem Ziel einer engeren kommunalen Zusammenarbeit und einem intensiveren Informationsaustausch. Zudem sind die Kommunen gehalten, die Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs- und Planungsprozessen zu verbessern. Bei den Instrumenten der Umsetzung hält sich der Text der Agenda bezüglich der kommunalen Instrumente vornehm zurück.

Deutsche Aktivitäten im internationalen Vergleich

Die Bundestags-Enquete-Kommission «Schutz des Menschen und der Umwelt» hatte am 18.11.96 eine öffentliche Anhörung anberaumt, um sich einen Überblick über den damaligen Diskussionsstand und die Ansätze von

LA 21 in Deutschland zu verschaffen. Eine Umfrage des Rates der Gemeinden und Regionen Europas hatte ergeben, daß in Deutschland eine eher geringe Bereitschaft zur Formulierung einer LA 21 besteht, während **in Norwegen und Schweden flächendeckend** nahezu alle Kommunen am lokalen Agenda 21-Prozeß beteiligt sind. In **Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark sind bislang zwei Drittel** aller Gemeinden involviert, während für Südeuropa kaum Daten vorliegen.

Laut einer Umfrage des deutschen Instituts für Urbanistik (difu) haben bis Ende 1995 von 83 Städten (von 143 angeschriebenen) 27 einen Beschluß für eine LA 21 aufzuweisen und 37 waren in der Vorbereitung dazu. Einige haben sich auch explizit gegen eine LA 21 ausgesprochen. Wie die Autorin der difu-Umfrage Cornelia Rösler mitteilte, spielen die Parteiverhältnisse der jeweiligen Ratsmehrheiten (etwa ein mutmaßlicher rot-grüner Überhang wegen der thematischen Nähe der Agenda 21 zur eigenen Programmatik) bei den LA 21-Gemeinden keine Rolle. Wo LA 21-Prozesse greifen, werden sie als überparteiliche Angelegenheit betrachtet, wie es von den Initiatoren beabsichtigt war. Nach einer Erhebung der Zentrums für Kommunale Zusammenarbeit vom September 96 sind gerade 1,2% - nämlich 200 von 17.000 Kommunen - im LA 21-Prozeß involviert. Daß womöglich auch die grüne Bundestagsfraktion der LA 21 bislang nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt, mag der Umstand illustrieren, daß die Grünen die einzige Partei waren, deren beiden Abgeordnetenstühle während der achtstündigen, äußert le-

bendigen und informationsreichen Anhörung der Enquetekommission gänzlich unbesetzt blieben.

Die Vertreter aus neun Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größe und von vier Verbänden, Initiativen und sonst. Institutionen bezogen zu drei Themenkomplexen Stellung:

- * Initiativen, Träger und Prozeß der kommunalen Umsetzung der Agenda 21,
- * Erfolgsfaktoren, Umsetzungsprobleme und Hemmnisse,
- * Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume.

Die Einzelberichte stellten sich ebenso facettenreich wie uneinheitlich dar, was in der Programmatik der LA 21 angelegt ist. Ein auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmter Prozeß sieht in einer Großstadt anders aus als in einer kleinen Landgemeinde. Thematisch stehen bei LA 21-Entwürfen Klimaschutz, Verkehr und umweltmedienbezogene Ziele im Vordergrund. Dann folgen Entwicklungszusammenarbeitsziele und -konzepte, während die Wirtschafts- und

Sozialaspekte noch eher unterrepräsentiert sind. Entwicklungsbedarf wird von ICLEI in der Grundfrage gesehen, wie das System Stadt/Land bei schwindenden natürlichen und finanziellen Ressourcen in öffentlichen wie privaten Haushalten aufrechterhalten werden kann.

Die Erfahrungen einiger Städte im Überblick

Die Initiative zur LA 21 in **Berlin-Köpenick** (UBA-Musterprojekt) ging von kirchlicher Seite aus, die zum Drei-Säulen-Modell erweitert wurde: Stadtverwaltung, Kirche/Institutionen, Bevölkerung. Seit September 1995 liegt ein Arbeitsentwurf zur LA 21 mit 79 Leitlinien vor. Parallel wurden Projekte und Indikatoren z.B. für Flächenverbrauch entwickelt. Die Projekte können auf einen Mitarbeiter-Pool von 50 ABM zurückgreifen. Probleme machen vor allem die gegenläufigen Konsummuster der Bevölkerung, die Autofixierung und die Arbeitsplatz- und



Umstrukturierungsprobleme der Neuen Bundesländer. Schaffung förderfähiger Arbeitsplätze mit nachhaltiger Zielsetzung wird als wichtige Akzeptanzmaßnahme gesehen.

In der kleinen aus 10 Ortschaften bestehenden, ca. 10.000 E. umfassenden niedersächsischen Gemeinde **Dörverden** wurde gutachterlich ein Konzept „Dörverden 2020 - LA 21 im ländlichen Raum“ erarbeitet. Aus den thematischen AGs Landwirtschaft, Gewerbe, Frauen und Jugendliche sollen sowohl praktische Projekte wie ein Leitbild „Nachhaltige Gemeinde“ erwachsen. Erste Erfolge (Bauernmarkt, Jugendzentrum, restriktive Bauflächenausweisung) sind greifbar. Als sehr wichtig wird der Prozeßcharakter der LA 21 als Qualitätssteigerungsinstrument für die Gemeindeentwicklung gesehen.

In der bayrischen Gemeinde **Germering** wird der LA 21-Prozeß von unten (VHS, Bürgerforen: Energie, Mobilität, Stadtplanung, Konsumverhalten) nach oben strukturiert. Ein Ratsbeschluß von 1995 und die Zuarbeit aus der Umweltverwaltung wirken unterstützend. Innerhalb eines umfassenden Themenprogramms treffen besonders regionale landwirtschaftliche Vermarktungskonzepte (Solidargemeinschaft Brucker Land) und wiederbelebte Konsummuster auf hohe Akzeptanz. Schlachthof, Getreidemühle und Molkerei sollen lokal neu entstehen.

In **Hamburg** ist die Umweltbehörde seit einem Jahr federführend im LA 21-Prozeß. Handlungsfelder und gleichzeitig Themen der öffentlichen Foren sind: Klimaschutz und Energie, Flächenpolitik und Lebensraum Stadt. Workshops der Verwaltung mit wissenschaftlicher Begleitung (Wuppertal-Institut, difu) finden statt. Neben Bewußtseinsbildungsprozeß und Programmatik wird auf beispielgebende Projekte gesetzt.

Heidelberg baut auf Vorerfahrungen aus Teilnahme am Gesunde Städte-Projekt der WHO und der Aktion Klimaschutz seit 1991 auf. Ein Gutachten über den Entwicklungsbedarf nachhaltiger Entwicklung und ein runder Tisch „Nachhaltiges Heidelberg“ wurden initiiert.

Umweltverträgliche Verkehrsentwicklung (7,2 Mio. DM im 97er Haushalt), Klimaschutzprojekte mit energetischer Gebäudetypologie und Wärmepaß, Aktion umweltfreundliches Gastgewerbe und nicht zuletzt der Titel „Umwelthauptstadt der Bundesrepublik“ zeigen das lebhafteste Engagement Richtung Nachhaltigkeit. Probleme werden von der äußerst überzeugend auftretenden Oberbürgermeisterin Beate Weber, die den Prozeß von vorneherein zur Cheffinnsache erklärt hat, vor allem darin gesehen, die LA 21 auf die Stadtteilebene herunterzubrechen.

In **München** ging der Impuls im Herbst 1994 von der VHS aus. 1995 folgte eine Stadtratsbeschlus zur Aufstellung der LA 21. Im Umweltreferat wurde eine eigene Stabsstelle mit drei eigenen und zwei externen Mitarbeitern eingerichtet. Vier Fachforen: Siedlung und Mobilität, Wirtschaft, Konsummuster und Lebensstile sowie Eine Welt sind initiiert. Ein Agendabeirat aus 40 persönlich berufenen Mitgliedern - darunter nur sechs Behördenmitglieder - soll Empfehlungen erarbeiten und projektfähige Zielvereinbarungen vorschlagen. Ein umfassendes CO₂-Minimierungskonzept wurde vor wenigen Wochen beschlossen.

Leipzig startete 1990 mit dem Aufbau einer Umweltverwaltung. Seit 1993 sind Umweltqualitätsziele in Entwicklung, die nach Diskussion in Bevölkerung und Gremien 1996 vom Rat beschlossen wurden. Ein LA 21-Aufstellungsbeschlus liegt vor. Der Prozeß wird zusammen mit Kirchen und ehrenamtlichen Gruppen in Gang gesetzt. Finanzmittel von 100.000,- konnten aus diversen Quellen für 1996 bereitgestellt werden. Die Wirtschaft beteiligt sich bislang nicht.

Osnabrücks LA 21-Engagement basiert auf der langen Tradition kommunaler Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) seit den 80er Jahren. Das Drei-Säulen-Modell, das seit Frühjahr 1995 unter LA 21-Zielsetzung erarbeitet wird, umfaßt lokale/regionale Zusammenarbeit, Nord-Süd-Zusammenarbeit und Europäische Zusammenarbeit. Zum Leitbild „Lebenswertes

Osnabrück“ soll eine Bestandsstudie nachhaltiger Institutionen und Projekte, eine Überprüfung der Planung unter Nachhaltigkeitskriterien und eine partizipative Wohn- und Siedlungspolitik beitragen. Beklagt wird das eingeschränkte Interesse breiterer Bevölkerungskreise am LA 21-Prozeß.

In **Rostock** scheint der von der Stadtratsfraktion B90/Grüne ausgehende und vom Rat 1995 beschlossene LA 21-Aufstellungsantrag weitgehend auf den Schultern der Stadtentwicklung zu ruhen, die sich inzwischen an ihren Kapazitätsgrenzen sieht. Der Informationsfluß von unten nach oben und umgekehrt ist in Rostock noch problematisch. Die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen ist notwendig.

Eine Initiative besonderer Art von unten/oben wurde aus **Ulm** berichtet. Der Wirtschaftspofessor Helge Majer hat in einem „Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung e.V.“ 110 Mitglieder aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft und Bürger-

schaft versammelt, die mit wissenschaftlichem Background Konzepte erarbeiten und Runde Tische auf verschiedenen Ebenen zu den Themen der Nachhaltigkeit initiieren. Die Unternehmenseite (Top-Manager) wird als eine wichtige Zielgruppe angesehen. Dem etwas elitären Initiativkreis liegt die Vorstellung informeller vertrauensbildender Netzwerke zugrunde. Er ist allerdings die einzig bislang bekannt gewordene erfolgreiche LA 21-Aktivität im Unternehmerbereich.

Restriktionen und Chancen

Die Anhörung zeigte, daß die Lebendigkeit und Vielfalt, die die LA 21-Aktivitäten auszeichnen, gleichzeitig ihr großes Handicap darstellen. Jede Gebietskörperschaft muß sich bislang ihren eigenen Weg durch den LA 21-Dschungel graben. Das schreckt manche ab, andere fühlen sich durch die vielen Anfragen überlastet. Das Engagement von oben (Bund und Länder) ist bislang mehr als mangelhaft. Allein die Übersetzung des Agenda 21-Dokuments im BMU dauerte zwei Jahre. Der nationale Aktionsplan, der noch von Minister Töpfer für 1994 angekündigt war, läßt immer noch auf sich warten. Eine Kampagne für LA 21 wie in anderen Staaten fand nie statt. Lediglich in NRW wird seit 1996 pro Einwohner ein LA 21-Landeszuschuß von 0,50 DM an die Kommunen gezahlt, den die Kämmerer gerne unbemerkt in Ihre Haushalte diffundieren lassen (*wie in Haan - Anm. der Redaktion*). Die Niederlande zahlen dagegen jährlich einen Gulden pro Einwohner aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Andererseits können auch heute schon Mittel und Wege durch Umschichtungen für LA 21-Aktivitäten freige-macht werden. Das Generalthema der LA 21 ist ja gerade, wie man mit weniger Ressourceneinsatz mehr erreicht, also sozial-ökonomische und -ökologische Phantasie und Reorganisation als Ersatzressource nutzt.

Neben den finanziellen und personellen Engpässen erweisen sich Mangel an Information

Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außerhalb der Natur steht, sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze zu erkennen und richtig anwenden zu können.

Friedrich Engels

und Erfahrungstransfer derzeit als die größten Hindernisse. Programmatik und Aktivitäten müssen über eine große Börse ausgetauscht werden können. Die neuen Medien (Internet, Mailboxen) können dazu hilfreich sein. Es bedarf mindestens einer nationalen Agentur oder Clearingstelle, besser noch dezentraler Landesinstitutionen, die quervernetzt den Gesamtprozeß beobachten und Unterstützung anbieten. LA 21 ist allerdings kein ausschließliches Umweltthema. Neben dem partizipativen Aspekt muß auch die Entwicklungszusammenarbeit und die (nachhaltige) Wirtschaftlichkeit von Entwicklungen und Maßnahmen stärker in den Blickpunkt gerückt werden.

LA 21 kann eine enorme Sprengkraft für zum Teil verkrustete lokale Behörden- und Politikstrukturen haben. Die Zielfindung kommunaler Politik ist in den letzten Jahren immer kürzeren Zeithorizonten und Problemlösungsvorschlägen verhaftet. Das hat wie im Westen schon lange vorherrschend und im Osten nun im Zeitraffer

beobachtbar - zu grotesken Entwicklungen geführt. Die Stadt- und Regionalplanung - die gemeinhin Zielvorgaben macht - hat hier weitgehend versagt. Die Nachhaltigkeitsfrage kommunaler Planungen wurde meist gar nicht gestellt. LA 21 lebt sowohl von ortsabgestimmter Programmatik wie von daraus abgeleiteten konkreten Handlungsschritten. Ohne Operationalisierung der Einzelziele verkommt auch eine LA 21 zum Füllstoff für Politikerprosa. Durch sektorale Nachhaltigkeitsindikatoren müssen die Erfolge oder Mißerfolge der LA 21-Umsetzung meßbar gemacht werden. Diesem qualitativen Planungsbestimmungsprozeß, der zyklisch immer wieder neu die Grundfrage der Nachhaltigkeit und der Optimierung vorhandener Strukturen stellt, wird sich über kurz oder lang kaum eine Kommune entziehen können.

(Der Aufsatz erschien zuerst in: Kommune - Forum für Politik, Ökonomie, Kultur (ISSN: 0723-7669): 15. Jg., Heft 1/1997: 18-21, entnommen der Internet-Seite des BUND)

Agenda 21 / Kapitel 28: Lokale Agenda 21

Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21 Handlungsgrundlagen

28.1 Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung

und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.

Ziele

28.2 In diesem Programmbereich sind folgende Ziele vorgesehen:

1. bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer lokalen Agenda 21 für die Gemeinschaft erzielt haben;
2. bis 1993 soll die internationale Staatengemeinschaft einen Konsultationsprozeß eingeleitet haben, dessen Ziel eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist;

3. bis 1994 sollen Vertreter von Verbänden der Städte und anderer Kommunen den Umfang der Zusammenarbeit und Koordinierung intensiviert haben, deren Ziel die Intensivierung des Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den Kommunen ist;
4. alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist.

Maßnahmen

- 28.3 Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „lokale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert. Strategien könnten auch dazu herangezogen werden, Vorschläge für die Finanzierung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu begründen.
- 28.4 Partnerschaften zwischen einschlägigen Organen und Organisationen ... sollen gefördert werden, um vermehrt eine internationale Unterstützung für Programme der Kommunen zu mobilisieren. Ein wichtiges Ziel in diesem Zusammenhang wäre, bereits vorhandene Institutionen, die mit der Stärkung

der Handlungsfähigkeit der Kommunen und dem kommunalen Umweltmanagement befaßt sind, vermehrt zu fördern, auszubauen und zu verbessern. Zu diesem Zweck

1. sind Habitat und andere einschlägige Organisationen des Systems der Vereinten Nationen aufgefordert, ihre Bemühungen um die Beschaffung von Informationen über Strategien von Kommunen, insbesondere derjenigen, die internationaler Unterstützung bedürfen, zu verstärken;
 2. könnten im Rahmen regelmäßiger Konsultationen unter Beteiligung internationaler Partner sowie auch der Entwicklungsländer Strategien überprüft und Überlegungen angestellt werden, wie eine solche internationale Unterstützung am besten mobilisiert werden könnte. Eine derartige sektorale Absprache würde als Ergänzung zu parallel dazu auf Länderebene geführten Konsultationen, wie etwas den im Rahmen von Beratungsgruppen und Rundtischkonferenzen stattfindenden Beratungen, dienen.
- 28.5 Vertreter von Verbänden der Kommunen werden aufgefordert, den Austausch von Informationen und Erfahrungen und die gegenseitige technische Hilfe zwischen den Kommunen zu intensivieren.

Instrumente zur Umsetzung

- 28.6 Es wird empfohlen, daß alle Beteiligten ihren Finanzbedarf in diesem Bereich neu bewerten. Die durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten (1993 - 2000) für die vom internationalen Sekretariat zu erbringenden Mehrleistungen im Rahmen der Durchführung der im vorliegenden Kapitel genannten Maßnahmen werden vom Sekretariat der UNCED auf etwa 1 Million Dollar veranschlagt, in Form an Zuschüssen oder in Form konzessionärer Kredite von der internationalen Staatengemeinschaft. Es handelt sich dabei nur um überschlägige, von den betroffenen Regierungen noch nicht überprüfte Schätzungen der Größenordnung.

IG BAU und NABU für soziale und ökologische Steuerreform

Neue Arbeitsplätze schaffen, Umweltgefahren vermindern

Der NABU und die IG Bauen-Agrar-Umwelt haben sich für eine ökologische Steuerreform ausgesprochen. Im Anschluß an ein Gespräch über eine umwelt- und sozialverträgliche Modernisierung der Wirtschaft forderten die Vorsitzenden beider Organisationen, Klaus Wiese­hügel und Jochen Flasbarth, eine Versachlichung der Debatte um Ökosteuern. Mit einer ökologischen Steuerreform können sowohl neue Arbeitsplätze geschaffen als auch Umweltgefahren vermindert werden.

Wichtig sei dabei allerdings, daß der Staat den Bürgerinnen und Bürgern nicht neue Steuern aufbürde, sondern das Steuersystem intelligent und zukunftsweisend gestalte. «Es ist eine absurde Fehlentwicklung, daß wir angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen die Arbeit dadurch verteuern, daß wir sie mit hohen Steuern und Lohnnebenkosten belasten, gleichzeitig aber der Verbrauch von Energie viel zu billig ist“, erklärte NABU-Präsident Jochen Flasbarth. Er unterstrich, daß seine Organisation von der nächsten Bundesregierung eine Reform des Steuerwesens erwarte, mit dem der Energie- und Spritverbrauch kontinuierlich und mit spürbaren Raten verteuert werde. Gleichzeitig solle das Aufkommen aus den Energie- und Mineralölsteuern genutzt werden, um die Lohnnebenkosten deutlich zu senken. «So wird der Faktor Arbeit wieder günstiger und gleichzeitig werden Anreize für Investitionen in energiesparende Techniken, in die Wärmedämmung von Häusern und in öffentliche Verkehrssysteme geschaffen“, sagte Flasbarth.

Klaus Wiese­hügel kritisierte, daß Deutschland die Chance verpaßt hat, zu den Vorreitern einer europaweiten sozialen und ökologischen Steuerreform zu gehören. «Andere Länder wie die Niederlande und Großbritannien hätten diesen Weg bereits beschritten. In England würden etwa die Benzinsteuern jährlich um fünf Prozent erhöht, ohne daß die gesamte Öffentlichkeit eine

hysterische Scheindebatte führt“, so Wiese­hügel. Gerade eine auf europäischer Ebene vereinbarte soziale und ökologische Steuerreform würde wettbewerbspolitische Probleme nationaler Regelungen vermeiden. Der IG-BAU-Vorsitzende warnte davor, den Reformprozeß mit unnötigen Akzeptanzproblemen und zu hohen Eingangsbarrieren zu belasten. Unternehmen mit hohen energetischen Produktionsprozessen bräuchten eine angemessene und klar definierte Übergangszeit, in denen sie auf einen niedrigeren Energieverbrauch umstellen können. Ähnliches gelte für den beruflich veranlaßten PKW-Verkehr. Arbeitnehmer, die zur Benutzung des Autos auf dem Weg zur Arbeit keine Alternative haben, sollten steuerlich entlastet werden. Andererseits könne es jedoch nicht mehr angehen, daß in der Bundesrepublik mittlerweile die Lagerhaltung auf der Autobahn stattfinde. Verkehrspolitische Alternativen und entsprechende Umleitung der staatlichen Fördermittel seien dringend geboten und müßten gerade in Zeiten eines globalisierten Marktes und internationaler Arbeitsteilung konsequent umgesetzt werden.

IG BAU und NABU vereinbarten eine künftige engere Zusammenarbeit. Vor allem im Bereich der Altbausanierung und in der ökologischen Stadterneuerung gäbe es viele gemeinsame Interessen, die man in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam vertreten wolle.

(Presseerklärung von NABU und IG Bau)

Keine plumpe Benzinpreiserhöhung

ROBERT BIRNBAUM

Braucht Deutschland eine Ökosteuer? Die Frage derzeit an die politischen Entscheidungsträger zu stellen, heißt eine Kakophonie der Stimmen auszulösen: Ja, auch wenn es uns leid tut, sagen die Grünen und lecken ihre fünfmarkstückgroßen Wunden. Ja, irgendwie schon, sagt die SPD. Na ja, sagt die FDP. Jein, sagt die CDU. Und die CSU stimmt ein wildes Geschrei an, das man nördlich der Main-Linie nur schwer verstehen kann, das aber nur NEIN, NEIN, NEIN heißen kann.

Nun soll man politischen Entscheidungsträgern solche Fragen vielleicht gar nicht stellen, zumal in Wahlkampfzeiten nicht. Denn sie verstehen sie notorisch falsch, nämlich so: Braucht die jeweilige Partei die Forderung nach einer Ökosteuer? Vor ein paar Jahren war die Antwort darauf noch eindeutig: Jawohl. Selbst in der CSU gab (und gibt) es Leute, die die Idee vernünftig finden, die Umweltkosten des Energieverbrauchs stärker als bisher in den Energiepreisen sichtbar werden zu lassen. Der Gedanke war derart einleuchtend, daß er sich in fast allen Parteiprogrammen aus jenen Tagen wiederfindet, als es noch als Ausweis von Zukunftsfähigkeit galt, ein bißchen grün zu sein.

Zur Lösung des Problems ergeben sich zwei Grundmuster: Die einen - prototypisch die Grünen - plädieren für relativ drastische Schritte mit direkter Wirkung auf die Preise und im Zweifel im nationalen Alleingang. Die anderen favorisieren gemäßigte Eingriffe, die sich nicht allzu spürbar in den Preisen niederschlagen, und mindestens europaweite Lösungen.

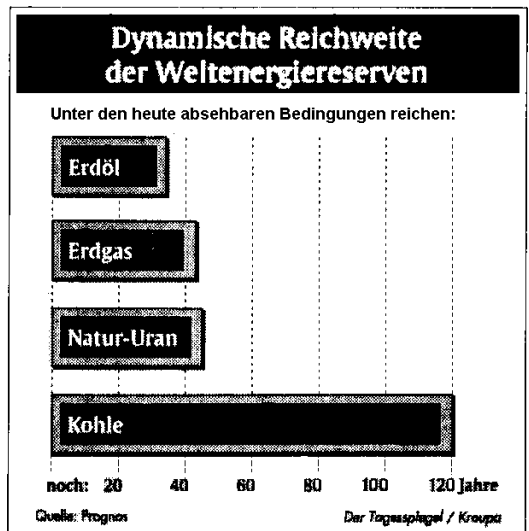
Die Verfechter der gemäßigten Varianten führen als Hauptargument das Stichwort „Wettbewerbsfähigkeit“ an. Das hat, soweit es die industriellen Prozeßenergien meint, etwas für sich, denkt man an Branchen wie Chemie oder Stahl. Beim so heftig umstrittenen Benzinpreis macht es wenig Sinn: Ausländische Investoren meiden Deutschland aus vielerlei Gründen, aber sicher nicht deshalb, weil die Tankfüllung des Firmenwagens teurer sein könnte als anderswo. Nun dokumentiert sich in den „gemäßigten“ Modellen ja

auch weniger Überzeugung als vielmehr die Tatsache, daß radikalere Vorschläge in den jeweiligen Parteien nicht mehrheitsfähig sind.

Zur Sache läßt sich nach alledem nur sagen: Man kann mit guten Gründen für eine saftige Ökosteuer sein - in der Hoffnung, daß dies nicht nur dem Planeten Erde hilft, sondern außer dem Drei-Liter-Auto auch noch ganz andere Energiespar-Innovationen made in Germany anstößt.

Man kann mit guten Gründen gegen jede Art von Ökosteuer sein. Aber für eine Ökosteuer á la CDU, die pro Prozentpunkt das Benzin um 1,5 Pfennig verteuert würde und damit zwar Steuer, aber kein bißchen ökologisch mehr wäre - dafür kann man nicht sein.

(Text und Grafik aus „Der Tagesspiegel“ vom 13.4.1998)



TV-Sparbox

Kundeninformation der Stadtwerke Hilden

Die Stadtwerke Hilden GmbH sind permanent bemüht, neue Möglichkeiten der Energieeinsparung und der damit verbundenen Umwelt- und Ressourcenschonung für Sie zu finden. In der heutigen Zeit gibt es immer mehr Geräte im Haushalt oder im Büro, die in einer Dauerbereitschaft gehalten werden, der sogenannten Stand-by-Schaltung. Diese Dauerbereitschaft belastet nicht nur ihren Geldbeutel sondern auch die Umwelt.

Allein 11 Prozent der von Haushalten und Büros abgerufenen Elektrizität gehen auf das Konto der im Stand-by-Betrieb gehaltenen Elektrogeräte, wie das Umweltbundesamt ermittelte. Das sind 20 Milliarden Kilowattstunden im Jahr, mehr als z.B. die Stadt Berlin verbraucht. Oder anders gerechnet: Zwei 1.000-Megawatt-Großkraftwerke laufen permanent nur für diesen Zweck. Auch klimapolitisch ist das Thema deswegen von Interesse: Zur CO₂-Bilanz Deutschlands trägt der Stand-by-Betrieb pro Jahr 14 Millionen Tonnen bei. Das entspricht einem Anteil von 1,5 Prozent. [Quelle der Angaben: Frankfurter Rundschau, 07.02.98, S.13]

Es gab bisher nur eine Möglichkeit, den genannten Verbrauch und damit die Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre zu reduzieren. Die Geräte wurden abgeschaltet.

Bei einer Gerätegruppe ist dies mittlerweile

automatisch möglich: Mit der neu entwickelten TV-Sparbox, die einfach zwischen Steckdose und Stromkabel gesteckt wird, kann der Fernseher ohne Komfortverlust ganz abgeschaltet werden. Dabei wird wie bisher der Fernseher mit der Fernbedienung ausgeschaltet. Nach kurzer Stand-by-Zeit wird jedoch das TV-Gerät durch die TV-Sparbox komplett vom Netz getrennt. Um den Fernseher später wieder in Betrieb zu nehmen, muß lediglich über die Fernbedienung erst die Sparbox und schließlich der Fernseher aktiviert werden. Dies funktioniert bei fast allen Fernsehern mit Ausnahme von TV-Geräten der Marke Schneider. Bei dieser Marke sind Funktionseinschränkungen festgestellt worden. Mit der neuen TV-Sparbox wird nicht nur bares Geld verdient, es erhöht sogar die Sicherheit in Ihrem Haushalt, da der Fernseher nicht mehr im Stand-by-Betrieb verweilt. Bei einem Anschaffungspreis von 25,-

	5 Watt	10 Watt	15 Watt	20 Watt
Betriebsstunden pro Jahr	2190	2190	2190	2190
Stand-by-Stunden pro Jahr	6570	6570	6570	6570
Eigenverbrauch TV-Sparbox: 0,15 W				
Stromminderverbrauch pro Jahr	31,86 kWh	64,71 kWh	97,56 kWh	130,41 kWh
Kohlendioxid-Ersparnis pro Jahr	17,84 kg	36,24 kg	54,64 kg	73,03 kg
Strompreis 24,012 Pf/kWh (bei 16% MwSt.)				
Geldersparnis pro Jahr	7,65 DM	15,54 DM	23,43 DM	31,32 DM
Kapitalrückflußzeit in Jahren (bei 25 DM Anschaffungspreis)	3,27	1,61	1,07	0,80

DM sparen Sie entsprechend der Tabelle Strom, Kohlendioxid und Geld ein.

Wenn Ihr Fernseher beispielsweise 15 Watt im Stand-by-Betrieb verbraucht und Sie nicht länger als 6 Stunden pro Tag (gleich 2190 Stunden pro Jahr) fernsehen, dann sparen Sie nicht nur rund 100 kWh Strom pro Jahr ein, sondern ersparen der Atmosphäre auch noch mehr als 50 kg CO₂ pro Jahr. Nach rund einem Jahr sind die Ausgaben der TV-Sparbox über die Stromrech-

nung wieder erwirtschaftet worden. Ab dann sparen Sie durch die TV-Sparbox jedes Jahr ca. 25.- DM Stromkosten, eben bares Geld.

Die TV-Sparbox kann man für DM 25,00 kaufen bei:

Stadtwerke Hilden

Hr. Marter

Am Feuerwehrhaus 1

40724 Hilden

Tel. (0 21 03) 79 51 79

Wenn der Strom nur ins Leere läuft

Rund 250 Mark pro Jahr verplempert ein Privathaushalt durch den Stand-By-Betrieb

PAULHEINZ GRUPE

Das rote Lämpchen am Fernseher leuchtet Tag und Nacht. Es signalisiert: Die Flimmerkiste ist immer einsatzbereit. Daß dieser „Stand-By-Betrieb“ Strom kostet, hat sich inzwischen herumgesprochen. Aber kaum einer kümmert sich darum. Die Industrie ist zwar laufend dabei, neue Geräte zu entwickeln, die den Stromverbrauch im Leerlauf drastisch reduzieren, aber da immer mehr Geräte angeschafft werden, ist der Effekt vorerst jedenfalls gleich Null.

Eine im Auftrag des Bundesumweltamtes vom „Ingenieurbüro für Energieberatung, Haustechnik und ökologische Konzepte“ in Tübingen erstellte Studie hat festgestellt, daß allein Privathaushalte einen Leerlauf-Stromverbrauch von 14 Milliarden Kilowattstunden haben. Am meisten verschwenden dabei Fernsehapparate, Satellitenempfänger und Videorecorder, deren Anteil bei 41 Prozent liegt. 17 Prozent gehen durch ständige Bereitstellung warmen Wassers verloren. Stereoanlagen und Radiogeräte haben einen Anteil von über 16 Prozent. Weitere „Sündenböcke“ sind Uhren in Haushaltsgeräten, und die Ladestationen von den drahtlosen Telefonen, Telefonanlagen, Faxgeräten und Anrufbeantwortern, die ständig in Betrieb sind.

Öfter mal einfach abschalten

Jedes Watt unnötiger Dauerleistung ergibt im Jahr fast neun Kilowattstunden und kostet dann rund 2,50 Mark. Bei den meisten Geräten

aber ist es mit einem Watt nicht getan. Fernseher verbrauchen oft im Jahr fast hundert Kilowattstunden (ca. 28 Mark), Videogeräte 150 Kilowatt (42 Mark) und mittlerweile Fotokopierer gar 500 Kilowatt (140 Mark). Ein Privathaushalt mit gehobener Ausstattung, also Fernseher, PC und Anrufbeantworter verschwendet damit im Jahr rund 250 Mark.

Viel sparen läßt sich durch energiebewußte Kaufentscheidung. Aber auch das alltägliche Handeln hilft Geld zu sparen und die Umwelt zu schonen. Wird etwa Computer oder Fernseher längere Zeit nicht gebraucht, lohnt es sich, sie abzuschalten. Wenn selbst dann noch eine rote Lampe Stromverbrauch signalisiert, hilft die Unterbrechung der Stromversorgung. Wer beispielsweise seinen Videorecorder nicht ständig neu programmieren will, sollte sich trotzdem überlegen, ob die Uhr auch während des ganzen Urlaubs ständig die Uhrzeit anzeigen soll.

(Aus „Westdeutsche Zeitung“ vom 21.4.98)

Naturschutzverbände ergreifen die Initiative

Vorstellung der Vorschlagsliste für FFH-Gebiete in NRW

THORSTEN WIEGERS

Die 1992 verabschiedete europäische Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Richtlinie) scheint sich zu einer „unendlichen Geschichte“ zu entwickeln. Verzögerungen bei der Umsetzung und Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern boten fruchtbaren Boden für Diskussionen. Dabei ist die Richtlinie 1992 nicht „vom Himmel gefallen“ oder von Brüsseler Bürokraten erfunden worden. In einer sechsjährigen Verhandlungsphase, in der die Außen-, Umwelt- und Agrarminister (FDP, CDU, CSU) die Bundesrepublik vertraten, wurde die FFH-Richtlinie beschlossen. Auch die Länder waren in diesen Prozeß involviert und kannten ihre Aufgabe. Die Naturschutzverbände in NRW möchten endlich einen Schlußpunkt setzen und präsentierten eine Schattenliste, in der sie die Flächen für das Bundesland NRW vorschlagen, die die FFH-Kriterien erfüllen.

BUND, NABU und LNU haben 1995 die Initiative ergriffen und begonnen diese Vorschlagsliste zu erstellen. Nur wenn der EU alle potentiellen FFH-Gebiete bekannt sind, ist die Kommission in der Lage, die europaweit bedeutsamen Flächen auszuwählen. Genau dieses Verfahren sieht die Richtlinie vor.

Was ist das Ziel dieser Meldung?

Die Landesregierung gerät zunehmend unter Druck, weil die Meldung der Vorschläge bald drei Jahre überfällig ist. Die Europäische Kommission will in Kürze den Gerichtshof anrufen. Die Folgen sind emotional geführte Diskussionen, denen eine sachliche Grundlage bis zum heutigen Zeitpunkt fehlt. „Mit dieser Schattenliste wollen die Naturschutzverbände die Karten aufdecken. Wir haben auf rein fachlicher Basis potentielle Flächen in NRW nach den Kriterien der europäischen FFH-Richtlinie geprüft. Die Sachlage und das Prozedere stehen eigentlich gar nicht zur Debatte, denn die wurden auf politischer Ebene festgelegt“, betont Birgit Beckers, stellvertretende Vorsitzende des NABU NRW. Die Naturschutzverbände wollen mit dieser Li-

ste endlich auch Planungssicherheit für Gemeinden und Unternehmen schaffen, damit strittige Projekte im Straßenbau oder der Planung von Gewerbegebieten den Anforderungen der Richtlinie entsprechend geprüft werden. Das vorrangige Interesse ist selbstverständlich die Erfüllung der Richtlinie, die den Erhalt der biologischen Vielfalt und die Sicherung des europäischen Naturerbes zum Ziel hat.

Wie wurde die sogenannte Schattenliste erstellt?

Als Grundlage für die Auswahl von FFH-Vorschlagsflächen diente das Biotopkataster der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF). Da bei der Erstellung des Katasters besonderer Wert auf seltene Biotoptypen gelegt wurde, sind diese überproportional vertreten; es spiegelt also nicht die reale Häufigkeit einzelner Lebensraumtypen im Land wider. „Unsere Orts- und Kreisgruppen haben ganze Arbeit geleistet. Denn niemand hat einen besseren Überblick über den Wert von Naturräumen als die Naturschützer vor Ort“, lobt Dr. Hermann Josef Roth von der LNU die intensive Mitarbeit vieler ehrenamtlicher Naturkundler. Der Grund

für eine eigene Liste liegt in der Tatsache begründet, daß die im Auftrag des Landes erstellte Liste sich nur auf Gebiete erstreckt, die im Landesentwicklungsplan (LEP) berücksichtigt werden. Diese Flächen haben eine Mindestgröße von 75 ha. Da NRW über eine große Zahl kleinerer FFH-Gebiete verfügt, ist diese Liste lückenhaft. Die FFH-Vorschlagsflächen unter 100 ha sind mit Abstand am häufigsten vertreten. Die Mitarbeiter prüften die Wertigkeit der landesweit über 25.000 Einträge des LÖBF-Biotopkatasters. Die meisten der besonders wertvollen Flächen waren den Naturschützern durch ihre Arbeit vor Ort bereits bekannt. Außerdem haben die regionalen Mitarbeiter, denen die Definitionen und Beschreibungen der FFH-Biotoptypen vorliegen, Flächen ermittelt, die sich aufgrund ihres Schutzwertes als FFH-Vorschlagsfläche geradezu aufdrängen. Alle Rückmeldungen wurden nochmals überprüft und ausgewertet.

Welchen Umfang hat die Liste?

Die FFH-Schattenliste führt insgesamt 1.129 Flächen in Nordrhein-Westfalen auf, die nach der geltenden FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie schützenswert sind. So entfallen auf die Regierungsbezirke Arnsberg 404, Detmold 194, Düsseldorf 126, Köln 344 und Münster 100 Flächen. Die Areale der Schattenliste umfassen in ihrer Gesamtheit eine Fläche von 4679 qkm. Das entspricht 13,7% der nordrhein-westfälischen Landesfläche. Diesen potentiell schützenswerten Flächen stehen Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einem Anteil von 21% der Landesfläche gegenüber.

Welche Bedeutung hat die Liste?

Die „Schattenliste“ der Naturschutzverbände ist eine Vorschlagsliste. In ihr spiegelt sich die eigentlich vom Land zu leistende Arbeit wider. Wie und welche Lebensraumtypen und Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem In-

teresse zu erfassen sind, ist in der FFH-Richtlinie, deren Anhängen und in der EU-Vogelschutzrichtlinie festgelegt. Dabei zählen rein fachliche Kriterien. Dies hat auch Ministerin Bärbel Höhn festgestellt. Politische Interessen dürfen dabei keine Rolle spielen. Die Abwägung erfolgt erst in einem späteren Stadium. „Für Nordrhein-Westfalen ist es wichtig, daß eine fachlich fundierte Liste nach Brüssel gemeldet wird. Der Anteil der Vorschlagsflächen an der Landesfläche von 13,7% zeigt eindeutig: Die Naturschutzverbände haben eine Liste aufgestellt, die einen realistischen Umfang beinhaltet“, erläutert Claus Mayr, NABU-Referent für europäisches Naturschutzrecht. Die Schattenliste mit den Vorschlägen der Verbände ersetzt nicht die Meldung der Landesregierung an den Bund, der diese dann nach Brüssel weiterleitet. Die Meldung der Naturschutzverbände soll die Situation in NRW aufdecken und den fachlichen Dialog ermöglichen. Natürlich hoffen die Naturschützer, daß sich viele der vorgeschlagenen Flächen im NATURA 2000-Netzwerk wiederfinden.

Was ändert sich durch die Schattenliste?

Die Schattenliste zeigt die Situation in Nordrhein-Westfalen. Durch sie kommt es nicht, wie einige meinen, zu einer Verschlechterung für die Nutzer und Planer. Die Flächen werden nicht neu geschaffen, sondern existieren bereits. Dr. Michael Harengerd vom BUND-NW meint dazu: „Welche unnötigen Konflikte aufkommen, hat der Fall A20 ganz deutlich gezeigt. Das Urteil lautet: Alle potentiellen FFH-Gebiete müssen berücksichtigt werden. Es ist deshalb nur konsequent, jetzt eine Liste zu präsentieren, die alle potentiellen FFH-Gebiete ausweist. Diejenigen, die zur Zeit dagegen anlaufen, müssen endlich verstehen, daß dies europarechtlich geboten ist“. Die Schattenliste befördert die Tatsachen aus dem Schattenbereich ans Tageslicht. Was damit geändert und erreicht werden soll, ist ein nüchterner fachlicher Dialog.

Auszeichnung für junge Naturschützer

NABU vergibt Jugendpreis

SABINE KRÖBER

Auch 1998 vergibt der NABU Nordrhein- Westfalen den Hermann-Klingler-Jugendpreis. «Viele Jugendliche setzen sich phantasievoll und engagiert für den Natur- und Umweltschutz ein. Darauf wollen wir mit unserem Preis aufmerksam machen, diese Gruppen wollen wir mit unserem Preis unterstützen“, so die Stifterin des Preises, Gisela Klingler, die auch im NABU-Landesvorstand tätig ist. Der Preis ist mit tausend Mark dotiert. Er kann zwischen mehreren Preisträgern aufgeteilt werden.

An wen erinnert der Preis?

Der Preis erinnert an Dr. Hermann Klingler, der eine besondere Gabe hatte, Kinder und Jugendliche für den Naturschutz zu begeistern. Beim NABU war er im Landesvorstand, bundesweit, aber vor allem im Kreis Wesel aktiv.

Wer kann sich wie bewerben?

Um den Jugendpreis bewerben können sich Kinder- und Jugendgruppen sowie Einzelpersonen bis 25 Jahre. Eine thematische Beschränkung gibt es nicht. Als Bewerbungsunterlage genügt eine kurze Beschreibung des Projektes. Fotos, Skizzen, Lagepläne, Zeichnungen, Videos oder Tonbandkassetten können bei der Bewertung der Arbeit hilfreich sein. Grundsätzlich bleibt es aber den Bewerbern überlassen, welche Form sie wählen wollen. Einsendeschluß ist der



31. Juli 1998. Nähere Infos und Bewerbungen beim:

NABU NRW
Bernhard Kamp
Am Lippeglacis 10
46483 Wesel
Telefon: (02 81) 33 83 50.

Wer waren die Preisträger der letzten Jahre?

- * Die **NAJU (Naturschutzjugend) Bochum** erhielt 1996 einen Preis für ihre originelle Amphibienrettungsaktion. Neben dem Aufbauen und Kontrollieren des Fangzaunes veranstaltete sie eine «Krötenfete» und wählten eine «Krötenkönigin». Außerdem will sich die NAJU zukünftig für die Sperrung der Straße einsetzen.
- * Der 16-jährige **Sebastian Sczepanskier** erhielt 1997 den Klingler-Preis für seine Orchideen-Kartierung in der Stadt Herne. Zwei Jahre lang suchte Sebastian mit dem Fahrrad das Stadtgebiet nach Orchideen ab, er entdeckte insgesamt fünf Arten, zwei davon waren in Herne bislang völlig unbekannt.
- * Die **Bärenzirkusgruppe des Kindergarten Möllmicke** ist bislang der jüngste Preisträger. Die 3- bis 6-jährigen beobachteten die heimischen Vögel und bauten im Gruppenraum einen Vogelbaum und ein Riesenspezial-Kindergarten-Nest.

Bachreinigungsaktion 1998 - Ittertall -

Ein «Erfolgs-“(?) Bericht

HEIDI LINKE

Am 28. März fand das diesjährige Großreinemachen in einem Haaner Bachtal statt. Zum dritten Mal in sieben Jahren war das Ittertall an der Reihe.

Die Mitglieder des AK Biotopschutz hatten bereits eine Menge an organisatorischer Vorarbeit geleistet (Vorbesprechungen, Pressemitteilungen, Müllsäcke und deren Entsorgung organisieren, Einladungsbriefe versenden, Kindergärten und Schulen ansprechen, Suppe bestellen etc.). Nach einigen bangen Blicken auf die Wetterkarte der letzten Tage (die Prognosen waren sehr schlecht, Dauerregen und Schneefall waren angekündigt) und einem letzten prüfenden Blick gen Himmel konnte es losgehen. Pünktlich 9.00 Uhr hatte der Regen aufgehört. **44 Teilnehmer** - so viele wie noch niemals zuvor - waren in das Ittertall gekommen.

Neben Mitgliedern des Hegeringes und der AGNU waren viele Mütter/Väter mit ihren Kindern, einige Schüler der Hauptschule zum Dieck mit ihrer Konrektorin und die neu gegründete AGNU-Kindergruppe mit ihren Betreuer/innen zum Arbeitseinsatz erschienen. Der Kindergarten Bismarckstraße beteiligte sich ebenfalls, seine Aktion wurde aus organisatorischen Gründen einige Tage später durchgeführt.

Nach der Einteilung in verschiedene Gruppen und der Austeilung der Müllsäcke (von der Stadt Haan gestellt), in die der Abfall gesammelt werden sollte, gingen oder fuhren die Teilnehmer/innen zu "ihrem" Bereich. Während der nächsten Stunden war eifriges Bücken angesagt. Das Wetter hatte ein Einsehen, lediglich ein heftiger Graupelschauer deckte kurzzeitig die Flaschen, Blechdosen und sonstigen «Fundstücke» zu.

Gegen 12.00 Uhr trafen sich alle Bachreiniger müde, aber zufrieden am Ausgangspunkt, dem Wanderparkplatz an der Ittertallstraße, wieder ein. Zum Abschluß und als Dank gab es für

die Helfer/innen eine deftige Erbsensuppe oder einen schmackhaften Spitzkohleintopf. Währenddessen wurden die an den Wegrändern zurückgelassenen Säcke von einigen Mitgliedern des Heegeringes abgeholt und auf dem Parkplatz aufgeschichtet. Dieser dekorative blaue Berg wird wohl manchen Spaziergänger geärgert haben, was von den Organisatoren/innen nicht unbeabsichtigt war. In diesem Jahr wurden in ca. 132 Arbeitsstunden (44 Teilnehmer á 3 Stunden)

610 kg Wohlstandsmüll

zusammengetragen (ehrenamtlich, d.h. kostenlos). Der zusammengetragene Müll füllte einen Kleinlaster des Bauhofes. An Entsorgungskosten mußte die Stadt Haan 202,34 DM aufbringen. Dazu kommt noch die Menge Unrat, die einige Tage später von den Kindern und den Erzieherinnen des Kindergartens Bismarckstraße auf den Waldwegen des Ittertals zusammengetragen wurde. Dem Leser bleibt es überlassen, sich auszurechnen, was für dieser Arbeitseinsatz an Lohnkosten anfiel, wenn ein Unternehmen damit beauftragt worden wäre.

Wer verdreckt bloß immer wieder aufs Neue das Ittertall?? Muß das sein??

Toll war der Arbeitseinsatz aller Beteiligten. Es hat Spaß gemacht mit Gleichgesinnten einige Stunden in der freien Natur zu arbeiten. Allen sei hiermit noch einmal für ihre Teilnahme gedankt.

Die Schmutzfinken, die diese Arbeit verursachen, sollte man...

Übrigens: an einem Samstag im Februar 1999, treffen wir uns um 9.00 Uhr am Bürgerhaus in Gruiten, die Gruben 7 und 10 haben wieder eine Säuberungsaktion nötig.

Ist dieser Artikel also ein «Erfolgsbericht»???

Nach Waldlauf in die «Birkensauna»

Neues Angebot der AGNU Haan e.V.

FRANK WOLFERMANN

Sonnabend, 14. Februar 1998 - Valentinstag. Liegt es an diesem Datum, daß sich schon zu so früher Stunde kurz vor 10 Uhr viele, besonders junge Leute am Wanderparkplatz zur Grube 7 in Gruitzen getroffen haben? Wollen sie 'mal was anderes schenken als die normalen Blumen, die alle an diesem Tag erwarten? Nein, sie alle wollen das neueste Angebot der AGNU nutzen.

Waldlauf

Schon kommt unser Vorturner: Hans-Joachim Friebe, diesmal zur Feier des Tages geschmückt mit dem neuen Sportabzeichen der Mettmanner Landschaftswacht. Und los geht's. Nach einem kurzen Trab zum Eingewöhnen entlang des Düsseldorf-Ufers geht es nach einigen hundert Metern rechts einen steilen Berg hinauf. Die Lungen jubeln: herrlich frische Luft der Gruitzen Berge. Dazu strahlendster Sonnenschein mit Temperaturen zwischen 3 und 17 Grad, in der Sonne subjektiv noch mehr.

An der ehemaligen Steinbrecheranlage hatten wir eigentlich eine kurze Rast mit einer kleinen gymnastischen Einlage erwartet. Aber nein, unermüdlich treibt uns unser Trainer weiter an. Auf den ersten Blick sieht die Strecke nicht besonders schwierig aus, geht es doch bergab. Aber genau das permanente Bergablaufen macht uns Ungeübten schwer zu schaffen. Und dann als weiterer Höhepunkt Überwinden des über zwei Meter hohen Tores vor dem Innenbereich der Grube (glücklicherweise hat Hans-Joachim Friebe einen Schlüssel dafür mit). Bald haben wir es geschafft. Noch einmal hundert Meter den Parcours bergab, dann rechts abgebogen und auf einer ebenen Strecke können wir uns dann langsam wieder ausruhen.

Birkensauna

Jetzt kommt der schönste Teil unseres Vorhabens: die Birkensauna. Auf der oberen Sohle des Innenbereichs der Grube 7 haben sich seit vor 10 Jahren die Grube leer gefallen ist, allerlei Pioniergehölze, besonders Birken angesiedelt.

Für die bei den Finnen während der Sauna so beliebten Behandlung des Körpers mit Birkenreisern ist also gesorgt - lediglich auf die Blätter an den Zweigen müssen wir auf Grund der frühen Jahreszeit verzichten.

Aber wo ist das Holzhaus mit der Sauna? Unser Trainer und Saunameister hat vorgesorgt und setzt voll auf die natürlichen Saunakräfte des Körpers. Bei der Beseitigung der Pionierhölzer erreichen unsere Körper unterstützt durch umweltfreundliche Solarwärme schnell die gewünschte Temperatur. Einige unterbrechen die einzelnen Saunagänge immer wieder mit kurzen "Birken"-läufen, um diese an einer zentralen Sammelstelle abzulagern. Andere entdecken dabei wieder als uraltes Transportmittel die Schubkarre und lassen sich auf den Birkenreisern liegend dorthin fahren.

Auch für Aufgüsse zwischendurch ist gesorgt. In kleinen Portionen werden sie in Abweichung der Saunaregeln diesmal innerlich in Form von Kaffee, Tee oder Mineralwasser genossen. Nur auf die Wurzelbürsten mußten wir verzichten - Wurzeln ja, aber keine Bürsten. Als Ausgleich hierfür wurde dann der mitgebrachte Kuchen (Dank an die Damen) weggebürstet.

Badegang

Zu einem richtigen finnischen Saunagang gehört auch ein Bad im See. Aber auch hier hatte unser Saunameister trotz des Wassers in der Grube 7 eine bessere, die Gruitzen Variante, vor: Innerer Badegang mit Eintopf vom Haus Pook. Jedesmal setzt der Chefkoch, Herr Taschke junior, seinen ganzen Ehrgeiz ein, um

uns mit einem anderen Gericht zu überraschen. Diesmal gab es - passend zur Jahreszeit - Spitzkohl mit Speck und zusätzlich Bohneneintopf. Obwohl die weit über 40 Leute sich alle Mühe gaben, die sehr leckeren Eintöpfe dem inneren Badegang zuzuführen, gelang es leider nicht.

Ergebnis

Neben den traditionellen treuen Helferinnen und Helfern der AGNU hatte Frau Welp von der Emil-Barth-Realschule noch ca. 20 Schülerinnen und Schüler zu dem freiwilligen Arbeitseinsatz animieren können. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: eine große Fläche im Innen-

raum der Grube 7 konnte dem Biotopmanagementplan des Kreises Mettmann entsprechend von den Pionierpflanzen befreit werden, so daß jetzt die anderen Pflanzen eine gute Chance haben, sich dort zu entwickeln. Wieder einmal ein Einsatz für die Artenvielfalt in Haan und Gruiten, auch wenn erst einmal andere Pflanzen beseitigt werden mußten. Als wir <Alten“ kurz nach 2 Uhr die Birkensauna müde verlassen wollten, hatten wir noch große Mühe, die <Jungen“ von der Weiterarbeit abzuhalten. Insgesamt war das wieder ein sehr schöner Arbeitseinsatz und keiner hat sein Kommen bereut.

Vielen Dank an alle HelferInnen!

Wer zählt die Weiden, nennt die Namen

FRANK WOLFERMANN

Normalerweise zählen wir nicht die Weiden, aber beim Stöbern in alten Kiebitzen sind wir im Kiebitz 1-2/87 auf die Meldung <300. Kopfweide wurde vom Ast-Ballast befreit“ gestoßen. Und dann haben wir nachgerechnet, mit dem Ergebnis, daß am 31. Januar die 750. Kopfweide von der AGNU Haan geschnitten wurde. Es ließ sich nicht mehr feststellen, wann die erste Kopfweide von den Haaner Umweltverbänden geschnitten wurde. Fest steht aber, daß auch schon damals **Hans-Joachim Friebe** den ersten Schnitt getan hatte. Und so legte er - wie schon bei der 300 - auch bei der 750. Kopfweide wieder die Säge an. Aber ganz allein hätte er es sicherlich nicht geschafft, so viele Kopfweiden zu pflegen. Ohne die Namen aller weiteren Helfer nennen zu können, sei ihnen allen **herzlich für die Hilfe beim Kopfweidenschnitt gedankt!**

Schrotti - man gönnt sich ja sonst nichts!

SVEN M. KÜBLER

Irgend etwas hat der Fritz Köhler falsch gemacht! Das Bürgerfest am 3. Mai '98 wollten wir zur Werbung für Solar- und Windenergie nutzen. Doch weder Sonne, noch Wind, sondern weitgehend Kälte - aber immerhin kein Regen - wurde uns serviert! Also, Fritz, daran mußt Du für nächstes Jahr arbeiten - oder wir steigen auf Glühweinverkauf um!

Mit großer Besetzung konnten wir wieder viele Sachinformationen vermitteln. Doch die standen eher im Hintergrund! Vorne standen Hans-Joachim Friebe und bereitete mit seinem Nistkastenbau, vielen Kindern - und Eltern? - Freude. Sorry Hans, aber noch viel mehr Freude konnte Schrotti vermitteln. Was der mit seiner

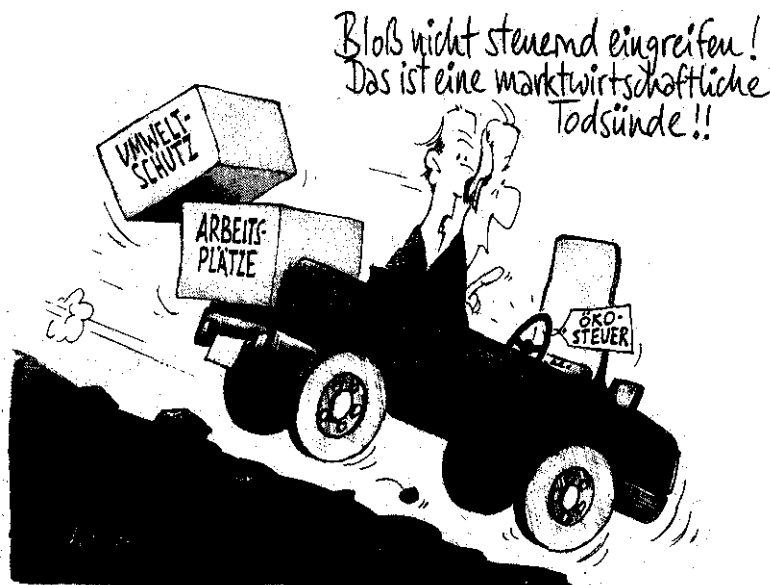
Comedy-Maschine aus Schrott zum Besten bot, war sehenswert und daher stand auch meist eine große Menschentraube rund um unseren Stand.

Wir von der AGNU hatten auch sehr viel Spaß und möchten uns auf diesem Weg bei unseren Sponsoren - Autohaus Altmann, Haaner Felsenquelle und Bäckerei Schüren - noch einmal herzlich bedanken!

Ich glaube, es war wichtig zu zeigen, daß AGNUrianer keinen vergrätzten Umweltfundis sind, sondern selbst bei dieser Kälte gutgelaunt und mit viel Freude ehrenamtliche Arbeit verrichten. Wie steht's mit Ihnen? Wollen Sie nicht auch ein bißchen mehr Spaß haben? Wir bieten einige Termine - schauen Sie mal vorbei!

Wann, was, wo, wer?

- > 7.6.98 (So.) **Umwelfest - <Weniger Lärm, A46!>**
 11.00 Uhr Gut Ellscheid, Ellscheid 2
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 5 40 00 (Bernhard Reiffers)
- 3 8.6.98 (Mo.) **Vorstandstreffen**
 19.30 Uhr AGNU-Haus, Erkrather Straße 39
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 95 81 00 (Sven M. Kübler)
- n 8.6.98 (Mo.) **Umweltmagazin <BUNDnessel>**
 20.04 Uhr Radio Neandertal - UKW 97,6 MHz, Kanal 106,2
 Infos bei ☎ 0 21 04 / 1 30 86
- 2 22.6.98 (Mo.) **Monatstreffen - Kreuzkrötenwanderung**
 20.00 Uhr Wanderparkplatz Grube 7 (Gruiten-Dorf)
 Infos bei ☎ 0 21 04 / 6 12 09 (Hans-Joachim Friebe)
- 2 20.6.98 (Sa.) **Botanische Exkursion: <Grube 7> bei Haan-Gruiten**
 15.00 Uhr VHS 331 600 (Dr. Siegfried Woike) - Bahnhof Gruiten
 Infos bei ☎ 02 11 / 89 - 9 41 50 (VHS Düsseldorf)



Karikatur: Mester

Aus "Westdeutsche Zeitung" vom 6.5.98

- 2** 27.6.98 (Sa.) **Botanische Exkursion durch den Hildener Stadtwald**
 15.15 Uhr VHS 328 (Dr. Siegfried Woike) - Haltestelle Waldfriedhof (Linie 784)
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 3 20 86 (VHS Hilden - Haan)
- n** 13.7.98 (Mo.) **Umweltmagazin „BUNDnessel“**
 20.04 Uhr Radio Neandertal - UKW 97,6 MHz, Kanal 106,2
 Infos bei ☎ 0 21 04 / 1 30 86
- 3** Ferien **Achtung: In den Ferien finden keine Treffen statt!**

3 Regelmäßige Treffen

Jeden Freitag **Kindergruppe**
 14.30 Uhr AGNU-Haus, Erkrather Straße 39 (Anmeldung erforderlich)
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 5 01 30 (Marjan van Dijk)

Nach Vereinbarung **AK Haushalt und Garten**
 Infos bei ☎ 0 21 04 / 6 15 84 (Christiane Schmitt)

Nach Vereinbarung **AK Energie**
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 5 01 30 (Bert van Dijk)

Nach Vereinbarung **AGNUjugend**
 Infos bei ☎ 0 21 2 / 59 01 57 (Markus Rotzal)

1. Montag im Monat **Vorstandstreffen**
 19.30 Uhr AGNU-Haus, Erkrather Straße 39
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 95 81 00 (Sven M. Kübler)

3. Montag im Monat **Monatstreffen**
 19.30 Uhr AGNU-Haus, Erkrather Straße 39
 Infos bei ☎ 0 21 29 / 95 81 00 (Sven M. Kübler)

@ Außeneinsätze 3 Treffen 2 Exkursionen n Vorträge > Feste, Feiern

Zu allen Treffen sind interessierte Gäste herzlich willkommen! In den Ferien finden keine Treffen statt.

Kontakte

Landschaftswacht Haan: Volker Hasenfuß, ☎ 0 21 29 / 5 13 65
Landschaftswacht Griten: Hans-Joachim Friebe, ☎ 0 21 04 / 6 12 09
Umweltkripo Mettmann: ☎ 0 21 04 / 98 25 27 / am Wochenende 0 21 04 / 98 20
AGNU-Haus: Erkrather Str. 39, ☎ 0 21 29 / 3 14 26
AGNU im Internet: http://ourworld.compuserve.com/homepages/AGNU_Haen
Email: Frank_Wolfermann@filenet.com

Der Traum vom Fahren

Eine Bahnkreuzfahrt 1. Klasse durch unser gesamtes schönes Deutschland - Einen Monat-jederzeit!

HARALD SELMKE

Es gibt sie, die „Goldene“ Fahrkarte der Deutschen Bahn AG für jedermann, gültig für jeden Reisezug einschließlich ICE. Preis: 1.646,- DM. Heute gekauft, morgen schon der erste Tag mit freier Fahrt zu allen Reisezielen in unserem Land.

Nur eine kleine Auswahl: Rügen - Bodensee - Salzburg - Westerland - Elbsandsteingebirge - Thüringer Wald - Bayrischer Wald - Rhein und Mosel - Dresden - Basel - Hamburg - München - Berlin - Spreewald - Erzgebirge - Obersdorf usw. usw. .

Es ist die absolute Freiheit des Reisens ohne alle Umstände:

- a) kleines Gepäck! (man kann ja jederzeit nach Hause)
- b) Fahrrad-Mitnahme möglich
- c) Selbstverpflegung angesagt (am billigsten)
- d) Übernachtung im Zug kostenlos (Sitzwagen)
- e) kein festgelegter Reiseplan freie Planung
- f) lose Fahrgemeinschaften mit anderen Partnern möglich (jeder hat seine eigene Fahrkarte)
- g) gemeinsames Erleben mit Ehepartnern oder anderen Gruppierungen
- h) Übernachtungen bei Verwandten und Bekannten dürften kaum Probleme machen
- i) Zugverbindungen zu den Zielen werden durch Computer an den Bahnhöfen erstellt

Beim Aussuchen der Reiseziele sind die Angebote der Reisebüros eine ergiebige Quelle. Blättern Sie auch mal in den „HB- Bildatlanten“ oder ähnlichen Zeitschriften. Oft werden Sonderfahrten angeboten, die Tips geben. Achten Sie auch auf Fernseh- Programme, zum Beispiel: Fahr mal hin, Streifzüge, Kein schöner Land, Alpenmelodien, Musikantenstadl, Im Wald und auf der Heide, Lieder, so schön wie der Norden, Heimatmelodie usw. .

Meine Bahnkreuzfahrt beginnt am 10. Mai in Essen. Abfahrt mit D 1549 0:06 Uhr nach Dresden, an 8:17. Weiter geht es mit IR 2064 „Nebelhorn“ nach Obersdorf, an 19:46- eine wunderschöne Tagesfahrt. Eine Tagesfahrt beginnt um 7:19 mit IC 723 „Mainfranken“ nach Würzburg, an 8:30, weiter mit IR 2202 „Rennsteig“ durch den Thüringer Wald nach Erfurt, an 12:48. 13:05 mit RB 14739 (2. Klasse) wieder durch den Thüringer Wald (Rennsteig) nach Schleusingen (Themar-Eisenach). Mit IC 652 „Georg Philipp Telemann“ ab 18:48 nach Frankfurt zurück, an 20:35.

So ist schon die Planung einer Kreuzfahrt eine große Vorfreude auf die unentlichen Möglichkeiten.

Wann beginnt Ihre Kreuzfahrt?

Busfahren ist am preiswertesten Gesamtkosten für Verkehrsmittel in DM je Person*

Bus	61
Bahn	110
Diesel-PKW	149
PKW mit Kat	161
PKW ohne Kat	163
Flugzeug	522

Die Urlaubsreise mit dem eigenen Auto anzutreten ist keineswegs preiswert. Ein Vergleich der direkten und indirekten Kosten für verschiedene Verkehrsmittel zeigt, daß der Bus am besten abschneidet, gefolgt von der Bahn.

(Aus "Westdeutsche Zeitung" vom 22.6.95)

Angebote & Preise

Preisveränderungen und neue Angebote der Bahn AG

FRANK WOLFERMANN

Vom 1. April 1998 an gelten bei der Bahn AG neue Preise im Personenverkehr.

Die Preise für **Einzelfahrscheine und Streckenzeitkarten** werden sowohl im Fern- wie im Nahverkehr um durchschnittlich 1,84 Prozent erhöht. In den neuen Bundesländern gilt jetzt noch ein Rabatt von 2,3 % (bisher 6 %) wodurch sich dort eine durchschnittliche Gesamterhöhung von rund sechs Prozent ergibt.

Neu ist ein Angebot für **Singles mit Kindern** auf Grundlage des Familien-Super-Sparpreises, die mit BahnCard pauschal 249 Mark (ohne BahnCard 299 Mark) zahlen. Der Sparpreis und der ICE-Super-Sparpreis kosten ab 1. April in der 2. Klasse zehn und in der 1. Klasse 15 Mark mehr.

Beim **«Schönes-Wochenende-Ticket»** gibt es mehrere Varianten:

- * Eltern mit beliebig vielen eigenen Kinder (bis 17 Jahre)
- * Einzelreisende oder zwei Erwachsene alleine oder mit bis zu drei Kindern
- * Maximal fünf Jugendliche bis 17 Jahre (Befristet bis zum 31. März 1999)

Der **IC-/EC-Zuschlag** wird um eine Mark auf sieben Mark angehoben. Auf einigen **ICE-Strecken** werden die Preise der Nachfrage an-

gepaßt. Sie verändern sich dort zwischen plus vier Mark für die Strecke Hamburg-Hannover (64 Mark) und plus 13 Mark für die Strecke Hamburg-München (256 Mark). Auf den übrigen ICE-Verbindungen entspricht die durchschnittliche Preiserhöhung den Anpassungen im IC/EC-Bereich.

Für **Platzreservierungen** gilt ein neues System. Wie bisher kostet eine Reservierung drei Mark (ohne Fahrscheinverkauf neun Mark). Sie wird allerdings auf eine Person und eine einfache Fahrt beschränkt. Hierdurch trifft für Familien eine erhebliche Verteuerung bei der Platzreservierung ein, was schon zu heftigen Protesten geführt hat.

Übrigens: Die **Internet-Seite der Bahn AG** www.bahn.de enthält nicht nur die jeweils aktuellen Preise, sondern auch den kompletten Fahrplan. Über ein komfortables Suchprogramm können Bahnverbindungen nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch auf vielen europäischen Strecken ermittelt werden. Hierbei kann man nicht nur den Reisetag, sondern auch die Zugarten (z.B. Nahverkehrszüge für das «Schönes-Wochenende-Ticket») eingeben.

Einkaufen auf dem Bauernhof

Auch in Haan können Sie direkt beim Bauern kaufen:

Gut Ellscheid (Familie Rosendahl)

Ellscheid 2

Fon: (0 21 29) 86 97

Öffnungszeiten: Mo-Mi, Fr 16-18.30 Uhr

Sa 10 - 12 Uhr

Fingerhof (Familie Finger)

Bioland-Betrieb

Osterholzer Str. 120

Fon: (0 21 04) 6 00 52

Öffnungszeiten: Mo-Fr 16 - 18.30 Uhr

Sa 9 - 12 Uhr

Gut zur Linden (Familie Bröker)

Gruitener Str. 308, Wuppertal

Fon: (02 02) 73 18 51

Öffnungszeiten: Do-Fr 9-13 und 15 - 18.30 Uhr

Sa 8-13 Uhr

Golfplatz Gruiten

Aus einem Brief an die Bezirksregierung Düsseldorf ...

SVEN M. KÜBLER

Der Golfplatz soll in einer Landschaft verwirklicht werden, die uns so wichtig ist, daß wir sie im Rahmen des Düssel-Zuges als FFH-Gebietsmeldung unter ME 4 genannt haben. Es handelt sich um hochwertige Böden, die laut Landwirtschaftskammer mit die höchsten Werte im Kreis Mettmann erzielen! Sie sind Lebensraum für den Rote-Liste-Feldhasen, viele andere Tiere und ein bemerkenswertes Amphibienvorkommen - nicht zuletzt deshalb mußten beim Bau der K18 erhebliche Mittel investiert werden

Ein Golfplatz in dieser Landschaft verstößt gegen die Ziele von Landesentwicklungsprogramm und -plan sowie Gebietsentwicklungsplan zum Freiraumschutz und zum Schutz von Natur und Landschaft. Dieses ist auch die einhellige Auffassung der Fachleute vor Ort (Untere Landschaftsbehörde, Landschaftsbeirat).

Der positive Beschluß des zuständigen Kreistagsausschuß war eindeutig politisch bestimmt und ist nur den hinter den Kulissen stattfindenden Bemühungen einflußreicher Haaner zu verdanken! Unter anderem engagiert sich ein Mann, der lange Zeit Abteilungsleiter beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und dort auch mit der Zulassung von Golfplätzen befaßt war. Er nutzt offenbar seine alten Kontakte! Im ULAN-Ausschuß des Kreises Mettmann war ein deutliches Einverständnis zwischen ihm und je einem Mitglied der CDU und der SPD, die beide im Bezirksplanungsrat sitzen, nicht zu verkennen!

In einer Anhörung in Haan äußerten sich die Golfplatzbetreiber. Man habe schon mit den Kalkwerken verhandelt und kann von dort Wasser beziehen. Aber: Die Kalkwerke leiten bekanntlich Wasser in die Düssel, das dann zur Aufrechterhaltung der Wasserscheide östlich von Gruiten, teilweise wieder in die Grube 7 gepumpt wird. Im Sommer stellen wir aber fest, daß die Düssel bereits jetzt äußerst dünn fließt und am Tropf der Kalkwerke hängt. Vermutlich bedingt durch Grundwasserabsenkungen und -schluß der Düs-

sel! Wenn dann auch noch ein Golfplatz erheblichen Mengen entnehmen möchte, wird der Zustand der Düssel kritisch.

Wir bitten daher, die Entscheidung zu treffen, daß dieser Golfplatz nicht an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepaßt ist.

... und an die Presse

Die Kreis-FDP äußert Bedenken - die Orts-FDP unterstützt das Vorhaben und meint, so FDP-Chef Kohl, es werde zu keiner Beeinträchtigung des Naturhaushaltes kommen, sondern zu einer Aufwertung des Landschaftsgebietes. Vielleicht sollte sich Herr Kohl bei den Fachleuten im Landschaftsbeirat und der Unteren Landschaftsbehörde kundig machen. Beide lehnen die neue Golfplatzplanung eindeutig ab. Aber wenn man nur Wirtschaftsinteressen in dem einen Auge hat, ist man auf dem anderen halt blind für die Natur!

In einer Landschaft, die bei der EU in Brüssel nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (s.a. Seite 18) angemeldet ist, kann ein Golfplatz mit seiner permanenten Störung der Natur durch Spieler und Pflegepersonal keine Aufwertung sein!

Die AGNU wird auch weiterhin für eine allmähliche Umwandlung der Flächen in eine ökologische Landwirtschaft werben. Nur schade, daß die lokale Politik nicht nach fachlichen Argumenten entscheidet, sondern gewissen wirtschaftlichen Strömungen hinterherläuft!

Ein bißchen Wahrheit...

SVEN M. KÜBLER

Die CDU verteilt in Gruiten alljährlich eine Informationsschrift zum Jahreswechsel. Darin darf auch der Gruß des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Harald Giebels, nicht fehlen. Schnell kommt er zu dem wichtigsten Thema für die CDU in Gruiten - die Ortsumgehung - besser bekannt als K20n!

Er schreibt: "Nach Freigabe der neuen Brücke Hochstraße ist es deutlicher denn je: Der überwiegende Teil des die Hochstraße nutzenden Verkehrs ist Durchgangsverkehr. Dies beweist auch eine Verkehrszählung des Kreises Mettmann. Die Belastung der Gruitener Bevölkerung und hier insbesondere die der Anwohner der Hochstraße durch (Schwerlast-) Verkehr ist nach Inbetriebnahme der neuen Bahnbrücke wieder stark gestiegen..."

Man könnte ja nun den Eindruck gewinnen, daß Harald Giebels durchaus fundiert argumentiert. Aber wir haben nachgefragt: Der Kreis Mettmann schreibt sinngemäß: die letzte Verkehrszählung war am 16.4.96, nach Fertigstellung der Brücke gab es keine Verkehrszählung und es liegt auch kein Antrag dafür vor! Haben wir den Text falsch verstanden oder sollten wir ihn falsch verstehen? <...neue Brücke..beweist auch eine Verkehrszählung des Kreises..“

Wie man es dreht und wendet, Verkehr ist da, und bekäme man den gesamten Durchgangsverkehr heraus, dann bleibt immer noch Verkehr! Und weil dann auf dieser Strecke wieder etwas weniger Verkehr ist, kommt ganz schnell neuer hinzu! Abgesehen davon: Lügt Ihr Politiker Euch eigentlich nicht in die eigene Tasche - bzw. in die Ohren der Anwohner? Da plant Ihr Düsseldorf I, östliche Sinterstraße und Düsseldorf II ist auch nicht aus der Welt (!?) und das ist alles neuer Verkehr - und zwar kein Durchgangsverkehr!

Ferner sollte man mit Zahlen und deren Interpretation schon vorsichtig sein. Wenn Harald Giebels ausführt, daß der überwiegende, die Hochstraße nutzende Teil Durchgangsverkehr

ist, so ist das nur die halbe Wahrheit. Das Zahlenmaterial - übrigens freundlicherweise von Herrn Giebels uns zur Verfügung gestellt - besagt, daß der Anteil des Durchgangsverkehrs in der Zeit von 9-19 Uhr von der Parkstraße zur Hochstraße zwischen 51 und 59% schwankt, umgekehrt aber der Durchgangsverkehr von der Hochstraße zur Parkstraße zwischen 38 und 49%. In der Summe (laut Statistik Kreis Mettmann 55% und 42%. In absoluten Zahlen von beiden Richtungen addiert 3432 Kfz Durchgangsverkehr und 3771 Kfz Zielverkehr. Man dreht sich halt die Zahlen, so wie man es gerne möchte, oder, liebe CDU?

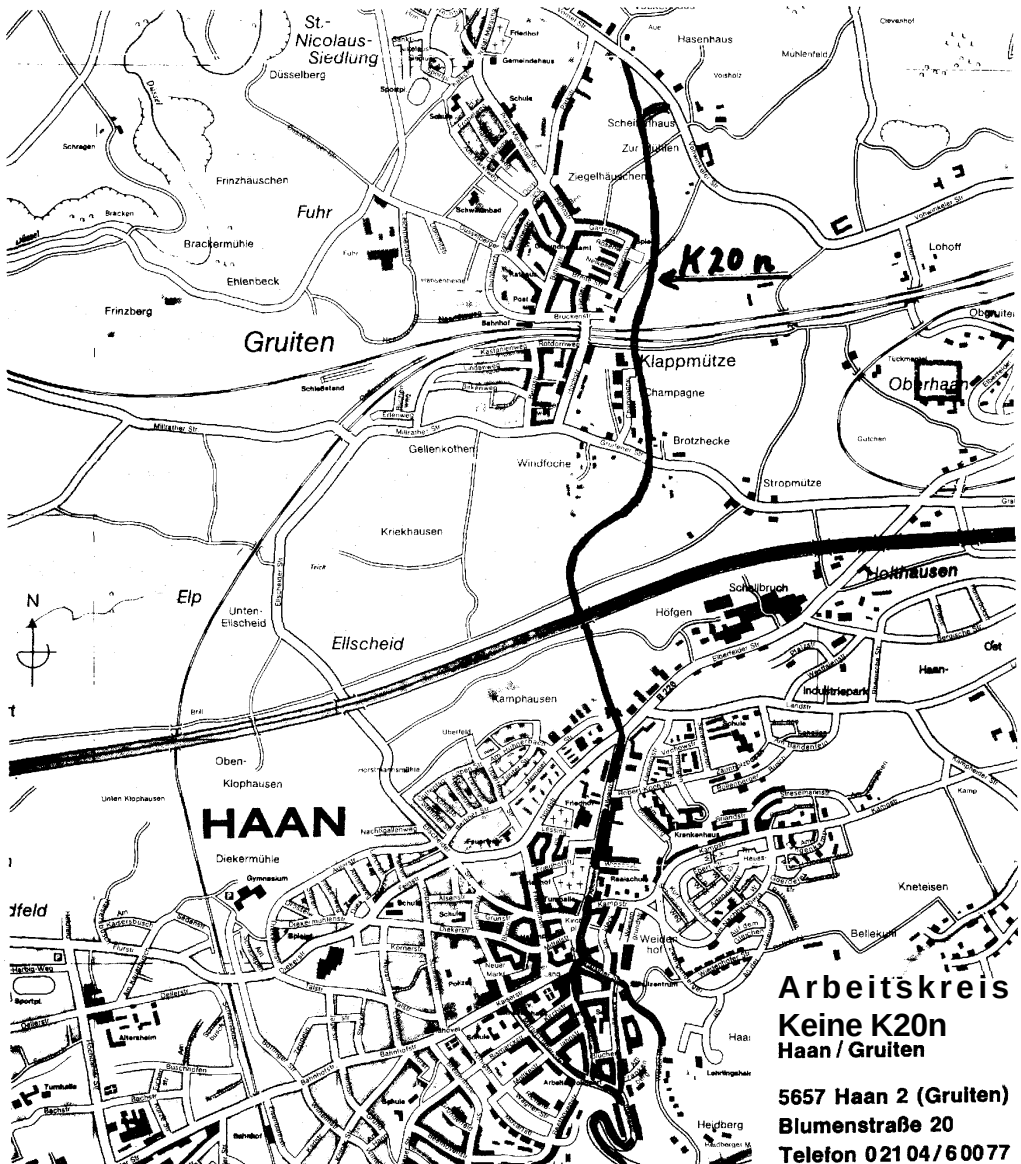
Noch einmal unsere ausdrückliche Bitte: Die Anwohner sind natürlich durch den Verkehr belastet und es wird nicht weniger, so lange Ihr Politiker nur Eure alten Parolen wiederholt! Die CDU kann doch gerne versuchen, die Entlastung durch eine Ortsumgehung zu schaffen. Alleine planen und bezahlen! Dann wollen wir doch einmal sehen, ob alle Haaner und Gruitener Bürger dafür sind, diese Mittel aus dem Stadthaushalt zu nehmen? Wenn die CDU dazu aber nicht den Mut aufbringt, dann soll sie doch auch aufhören, die K20n vom Kreis zu fordern oder - in der Bilstein-Variante - als L423 vom Land! Wer bestellt, soll bezahlen.

Sinnvoller wäre es, gemeinsam mit den anderen Parteien, der Verwaltung und vor allem den Bürgern nach einer Lösung der Verkehrsberuhigung zu suchen! Beispielsweise Tempo 30 auf der Hochstraße und der Parkstraße wegen des engen Straßenprofils. Dazu 2 Radargeräte aufgestellt und schon wäre es etwas ruhiger!

Keine K20n e.V.

SVEN M. KÜBLER

Jawohl, das ist und bleibt das Ziel der vielen engagierten Bürger in Gruiten und Haan. Dennoch hat der Verein die Auflösung beschlossen! Ein Widerspruch? Nein, denn das Ziel des Vereins ist erfüllt - derzeit gibt es keine Planung für diese Straße und nur ein paar Ewiggestrige und Unverbesserliche plädieren immer noch für die K20n.



Die AGNU weiß die Leistungen des Vereins Keine K20n e.V. zu würdigen! Bereits 1974 begannen eine Handvoll Menschen den Widerstand gegen diese Straße. Erste Briefe an Ministerien, Verwaltungen und Parteien blieben fast ohne Reaktion. Erst die Mobilisierung größerer Bevölkerungsschichten in Griten und Haan durch sachliche Aufklärung zeigte Wirkung.

Ein wenig mehr Hoffnung brachte dann die neue Mehrheit von SPD und Grünen im Kreistag Mettmann. Doch unverändert wurde mit viel Emotionen die Planung fortgesetzt. Erst die Bauauffälligkeit der Eisenbahnbrücke Hochstraße verlangte die alles entscheidende Abstimmung im Kreistag. Die Mehrheit von SPD und Grüne lehnte am 10.6.1996 den Bau der K20n ab!

Damit war eigentlich die Arbeit des Vereins getan. Doch immer neue Versuche in Haan - speziell durch Herrn Bilstein (CDU), Mitarbeiter beim Landschaftsverband Rheinland! - die K20n

durch die Hintertür (als L423) zu bauen, verlangen weiterhin unser aller Aufmerksamkeit. In einem Gespräch konnten die AGNU und der Verein Keine K20n e.V. übereinkunft erzielen, daß wir künftig gemeinsam diesen Punkt im Auge behalten wollen. Wir freuen uns, daß viele Mitglieder der "Keine K20n e.V." innerhalb der AGNU als eigenständiger Arbeitskreis weitermachen werden. Wir sind überzeugt, daß damit die nötige Wachsamkeit erreicht wird. Sollte - auf welcher Ebene auch immer - die Planung erneut aufgenommen werden, werden wir aus diesem Arbeitskreis heraus, eine neue Bürgerinitiative ins Leben rufen.

Unser besonderer Dank gilt den langjährigen Vorsitzenden **Benno Volk, Dr. Jürgen Hammerstein und Hubert Flintrop** für ihre unermüdliche Arbeit. Es war und ist uns ein Vorbild, wie Bürger sich ehrenamtlich engagieren!

«Auf Straße verdampft»

Gespernte Straßen führen nicht zu mehr Staus

Gespernte Straßen können nach Ansicht britischer Forscher sogar zu weniger Verkehr und Staus führen. Anders als von den bisherigen Computermodellen der Transportplaner vorhergesagt, verlagere sich der Verkehr nach dem Schließen einer Straße nicht zwangsläufig auf benachbarte Routen und sorge dort für Staus, berichtet das britische Forschungsmagazin «New Scientist» (Nr.2118, S.4) in seiner jüngsten Ausgabe. Im Gegenteil, ein Forscherteam unter der Leitung des Briten Phil Goodwin vom University College London will herausgefunden haben, daß zwischen 20 und 60 Prozent des zuvor in einer Feldstudie beobachteten Verkehrs «irgendwo im Straßennetz verdampfe».

Ursache dafür sei die große Flexibilität der Stadtbewohner, die an einem Tag mit dem Auto, am anderen mit Bus oder Bahn oder manchmal

gar nicht zur Arbeit führen und lieber zu Hause arbeiteten, berichten die Wissenschaftler in ihrer Forschungsarbeit.

Sie hatten für ihre ausführliche Untersuchung über Stautentwicklung und -verhalten weltweit die Folgen von 60 Straßensperrungen beobachtet und die Folgen registriert. Selbst drei Jahren nach einer Sperrung der verkehrsträchtigen Londoner Tower Bridge habe der Verkehr dort noch nicht wieder den gleichen massiven Umfang wie zuvor erreicht. «Wenn zusätzliche Straßen mehr Autoverkehr bedeuten, könnte im Umkehrschluß die Schließung einzelner Fahrbahnen weniger Verkehr zur Folge haben», folgert daher Keith Buchan, der für die englische Regierung Verkehrsvorhersagen und Zukunftsprognosen erstellt.

(Aus «Westdeutsche Zeitung» vom 6.3.98)

Kostengerechte Vergütung von Solarstrom

Bürgerantrag der AG Natur + Umwelt Haan e.V.

SVEN M. KÜBLER

Die Stadt Haan fordert den Energieversorger auf, zu einem baldmöglichen Zeitpunkt die Energieeinspeisung von Solarstrom durch Privathaushalte kostengerecht zu vergüten.

Begründung:

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Hierzu ist ein Bündel von Maßnahmen zu ergreifen. Unter anderem gehört dazu die Förderung und Unterstützung von Strom aus alternativen Stromquellen. Ferner ist eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen und zu verdeutlichen, daß der Strom eben nicht schadstofffrei aus der Steckdose kommt. Um über den Zustand der Liebhaberei bei der Installation von Solaranlagen hinauszukommen, sollte die Stadt Haan, ebenso wie viele andere Kommunen, diese Art der Stromerzeugung unterstützen. Der kommunale Haushalt wird dabei nicht belastet, da die Fördermittel aus der Umlage aller Stromkunden gezahlt werden. Man geht hierbei von einer maximalen Tarifierhöhung von 1% aus, was einen Durchschnittshaushalt pro Jahr mit 10 - 20 DM belastet.

Diese Belastung sollte in Relation gesehen werden mit den Kosten die jedem Bürger durch das Duale System zugefügt werden. Hier entstehen pro Kopf und Jahr DM 50,-.

In einem Gutachten vom Februar 1997 für den Solarenergie-Förderverein e.V. hat Prof. Dr. jur. Günter Püttner ausgeführt, daß das Stromspeisungsgesetz (§3) eine kostendeckende Vergütung zuläßt. Ferner führt er aus, daß eine Kommune dieses auch nachträglich in einem Konzessionsvertrag verankert fordern kann.

In einem Vorgespräch mit dem RWE wurde uns signalisiert, daß man nicht an den Erfolg und die Effizienz solcher Maßnahmen (Solarstrom) glaubt, aber selbstverständlich dem Wunsch einer Kommune nachkomme.

Der Rat der Stadt Haan hat hier ein Instrument, im Sinne der Agenda 21 tätig zu werden und ein positives Zeichen zu setzen, ohne den Haushalt zu belasten.

Bürgerantrag

SVEN M. KÜBLER

Die AGNU hatte im November '97 einen Bürgerantrag gestellt (siehe oben), zu dem wir erst jetzt - auf Nachfrage! - die Nachricht erhielten, daß er im Haupt- und Finanzausschuß am 2.12.97 bereits mehrheitlich abgelehnt wurde.

Dem Protokoll der HFA-Sitzung entnehmen wir, daß sich alle Fraktionen darüber einig waren, daß alternative Energien gefunden und bei Kostenneutralität auch von der Stadt Haan gefördert werden sollten. SPD und GAL sprachen sich für unseren Antrag aus, CDU und F.D.P. wollten zunächst Gespräche mit dem RWE führen. Bgo. Nieswand verwies aber auf die kommende Liberalisierung der leitungsgewinn-

denen Energien und die mögliche gemeinsame Betreiber-gesellschaft mit dem RWE. Ein Beschluß im Sinne des Antragstellers könnte dann kontraproduktiv sein. Die Abstimmung ergab dann ein 8:12 Ergebnis gegen unseren Antrag.

Dieses Protokoll gibt uns einige Rätsel auf.

Wenn sich alle einig sind, daß alternative Energien gefunden werden sollen, und die Stadt Haan diese fördern (??) soll, wenn es kostenneu-

tral ist, dann ist die Beschlußlage mehr als verwunderlich. Hat man unseren Antrag nicht gelesen?

Zunächst geht es nicht um Förderung. Unter Förderung versteht man allgemein, eine finanzielle Unterstützung oder steuerliche Anreize. Das wäre hier nicht der Fall - jedenfalls nicht seitens der Stadt Haan! Kostenneutral bleibt die Angelegenheit, unabhängig ob das Netz vom RWE allein oder gemeinsam mit der Stadt Haan betrieben wird! Denn weder RWE noch die gemeinsame Gesellschaft müßten Gelder aufwenden oder Gewinneinbußen hinnehmen, denn die kostengerechte Vergütung kann durch eine maximale Tarifierhöhung von 1% ausgeglichen werden.

Warum CDU und F.D.P. sich entgegen der ersten Intention eines Gespräches mit dem RWE (vielleicht auch mit der AGNU???) dann doch in eine Abstimmung haben zwingen lassen, ist verwunderlich! Das 8:12 Ergebnis läßt dann sogar darauf schließen, daß auch einige SPD-Ausschußmitglieder gegen den Antrag gestimmt haben - also eine überzeugende Leistung des Kämmerers?

Für uns Bürger bleibt also der Frust! Der Antragsteller/Bürger wird zu dieser Sitzung weder geladen, noch hat er das Recht mitzureden, seine Argumente liegen zwar schriftlich vor, werden aber nicht gelesen/verstanden/verdreh (hoffentlich trete ich jetzt niemand zu sehr auf die Füße, aber wie sonst ist das Abstimmungsergebnis zu verstehen?) und dann schlicht abgelehnt. Dieser Bürgerantrag zur kostendeckenden Vergütung von Solarstrom ist nun wirklich ein Antrag, der niemand weh getan hätte, der keine kommunalen Mittel bindet, der vermutlich in der Summe auch nie große Auswirkungen gehabt hätte (wer produziert denn schon Solarstrom in Haan? Selbst bei einer kostengerechten Vergütung wird der Anteil der Einspeisung am Verbrauch kaum die Promillegrenze überspringen!).

Warum, liebe Ratsmitglieder wird so ein Antrag abgelehnt?

Es wäre wirklich schön, wenn die 12 Neinstimmer (diesen Kiebitz bekommen Sie ja ins Haus!) uns ihre persönlichen Beweggründe erläutern können, aber vermutlich kommt da nichts - das ist das, was wir als Politikerverdrossenheit immer wieder zu spüren bekommen!

Unterstützen Sie den fairen Handel!



Im **Eine-Welt-Laden** finden Sie:

Kaffee, Tee, Honig, Waffeln, Rohrzucker, Schokolade, Gewürze, Geschenkartikel, Dekoration für Feste, Schulbedarf, Bücher, Kalender, Textilien, Körbe, Taschen, Wandbehänge, Teppiche und manches andere, das Sie vielleicht suchen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Der **Eine-Welt-Laden** der Evgl. Kirchengemeinde.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 15⁰⁰ - 18³⁰ Mi 9⁰⁰ - 13⁰⁰
Sa 9⁰⁰ - 12⁰⁰, So 11⁰⁰ - 12⁰⁰.

Sanfte Hornissen

Menschen und Hornissen können Zusammenleben:

SABINE KRÖBER

Über Generationen hinweg hat sich der Irrglaube gehalten, daß Hornissen mit wenigen Stichen einen Menschen oder sogar ein Pferd töten können. Viele Menschen haben daher eine regelrechte Panik vor Hornissen. Dabei ist wissenschaftlich erwiesen, daß Stiche von Hornissen nicht gefährlicher sind, als die von Bienen und Wespen. Ein Zusammenleben von Mensch und Hornisse ist möglich. Der NABU gibt Tips für ein friedliches Miteinander.

Schon allein durch die beachtliche Größe und die lauten Fluggeräusche lösen Hornissen oft unbegründete Ängste aus. Wer dann in Panik verfällt und durch wildes Umsichschlagen die Hornissen zu vertreiben versucht, kann gestochen werden. Für den gesunden Menschen jedoch stellt ein Hornissenstich keine Gefahr dar. Günstig wirkt sich aus, wenn die Einstichstelle sofort danach ausgesaugt und gekühlt wird, denn so tritt wie nach einem Bienenstich - schnell Linderung ein. Anders ist es aber für Menschen, die unter einer Insektengiftallergie leiden. Dann nämlich können allergische Reaktionen des Immunsystems ausgelöst werden, die im schlimmsten Fall zum Schock führen. Allergische Reaktionen machen sich bemerkbar durch überdurchschnittliche Schwellungen, Rötungen, Kreislaufbeschwerden und ein sich über den ganzen Körper ausbreitendes juckendes Nesselfieber. In einem solchen Fall ist sofort ein Arzt aufzusuchen.

Hornissen suchen Ersatzhöhlen im menschlichen Siedlungsbereich. Die Hornissenkönigin erwacht Anfang Mai aus ihrem Winterschlaf und beginnt mit Erkundungsflügen nach einem geeigneten Nistplatz. Da natürliche Baumhöhlen selten geworden sind, sucht sie sich oft eine Ersatzhöhle im menschlichen Siedlungsbereich. Dies können alte Schuppen, Nischen in Dachböden, Holzverschalungen an Terrassen und Balkonen sein, aber auch Rolllädenkästen werden bevorzugt. Das Eindringen in

diese Bereiche bedeutet für Hornissen oft die gnadenlose Verfolgung durch den Menschen. Dabei kann es hochinteressant sein, ein Hornissenvolk beim Nestbau zu beobachten. Einige Vorsichtsmaßnahmen sind im Nestbereich allerdings zu beachten: Heftige Bewegungen, Verstellen der Flugbahn sowie Erschütterungen des Nestes sollten unterbleiben. Selbstverständlich gibt es Fälle, in denen ein Hornissennest entfernt werden muß. Der NABU empfiehlt, sich dann an den örtlichen Imkerverband zu wenden. Die Bienenzüchter setzen das Hornissennest dann an eine Stelle, an der die Tiere ungestört weiterleben können. Oft genügt aber schon die Absicherung des Nestes durch eine Umzäunung oder das Anbringen von Fliegendraht.

Die von den Hornissen im Vorjahr verlassenen Nester kommen für den Aufbau eines neuen Staates nicht in Betracht, da diese niemals ein zweites Mal genutzt werden. Für das neue Nest benötigt die Jungkönigin morsches Holz, das mit den starken Kieferzangen (Mandibeln) abgeraspelt und mit Speichel vermischt wird. Daraus formt sie dann einen Stiel, an dem sie die Anfangswabe mit den Zellen anbaut. Jede Zelle wird danach jeweils mit einem Ei belegt. Aus den Eiern entwickeln sich madenähnliche dicke Larven, die kopfüber in den Zellen hängen. Mit der Zeit verpuppen sich die Larven. Nach der Verpuppung dauert es noch ca. 14 Tage bis sich diese in fertige Hornissen, die Arbeiterinnen,

entwickeln. Die Lebenserwartung dieser beträgt aber etwa nur vier Wochen. Sobald an die zehn Arbeiterinnen geschlüpft sind, übernehmen diese alle anfallenden Arbeiten, so daß die Königin dann nur noch mit der Eiablage beschäftigt ist.

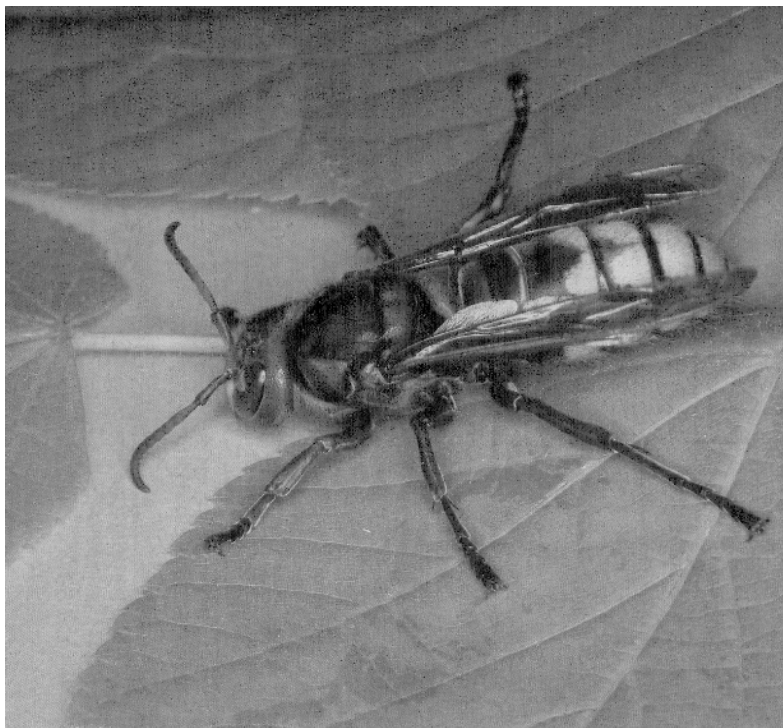
Pausenlos sind die Arbeiterinnen dabei, den Wabenbau zu vervollständigen und den Nachwuchs zu versorgen. Hornissen benötigen zur Aufzucht ihrer Brut tierisches Eiweiß, das sie sich durch den Fang großer Mengen von Insekten beschaffen. Wissenschaftler haben ermittelt, daß ein großes Hornissenvolk an einem Tag bis zu einem halben Kilo für den Menschen lästige und schädliche Insekten an seine Brut verfüttern kann. In Anbetracht des geringen Gewichts eines Einzelinsekts kommen da schon enorme Stückzahlen heraus. Auch deshalb sind Hornissen bei manchen Gartenbesitzern sehr beliebt. Im Fachhandel gibt es sogar Nistkästen für Hornissen. Der regnerische Sommer macht den Hornissen übrigens zu schaffen: Weil aufgrund der schlechten Witterung weniger Großinsekten fliegen, finden sie nicht genügend Nahrung für ihren Nachwuchs. In manchen Gegenden gibt es Bestandseinbrüche bis zu 50 Prozent. In der Gegend um Münster wurden von 20 Hornissennistkästen nur einer besetzt.

Für sich selbst benötigen Hornissen fast nur Kohlenhydrate. Hierzu nagen sie mit ihren kräftigen Kauwerkzeugen Laubholzweige an,

deren austretende Säfte sie dann aufschlecken. Darüber hinaus bevorzugen sie auch den Saft reifer Früchte, wie den von Birnen, Mirabellen und Pflaumen. Hier begnügen sie sich aber meist mit Fallobst.

In den Monaten August/September erreicht das Hornissenvolk seinen Höhepunkt. An schönen Herbsttagen fliegen die Geschlechtstiere, Jungköniginnen und Drohnen, zur Begattung aus. Danach haben die Drohnen ihre Aufgabe erfüllt und sterben. Die begatteten Jungköniginnen suchen sich dann zur Überwinterung einen Unterschlupf. Im Hornissenbau erlischt allmählich das Leben.

Wer mehr Details erfahren möchte, der kann die für den Laien leicht verständlich geschriebene und mit vielen Bildern ausgestattete Broschüre „Keine Angst vor Hornissen“ beim NABU Münster, Zumsandestr. 15, 48145 Münster gegen drei Mark in Briefmarken plus drei Mark Versandkosten beziehen.



Die Singdrossel *Turdus philomelos*

VOLKER HASENFUß

Einer unserer ersten Frühlingsboten unter den Vögeln ist die nicht ganz amselgroße Singdrossel. Oft kommen die Singdrosseln schon Ende Februar, spätestens aber im März aus ihren Winterquartieren in West- und Südeuropa zurück und erfreuen uns dann bald mit ihrem lauten Gesang, der aus aneinandergereihten Strophen, darunter manche Imitation von „aufgeschnappten“ Geräuschen, auch Stimmen und Rufen anderer Vogelarten, besteht. Jede Strophe wird zwei- bis dreimal wiederholt, bevor die nächste kommt. Als Zwischenruf ertönt oft ein dreimaliges „Judid“.

Im krassen Gegensatz zu dem auffälligen, lautstarken Gesang steht die unauffällige, schlichte Erscheinung der Singdrossel. Etwas kleiner als eine Amsel gleicht sie dieser figürlich doch weitgehend, ist lediglich etwas kurzschwänziger und hochbeiniger. Männchen und Weibchen sind gleich gefärbt und nur schwer zu unterscheiden: oberseits trägt die Singdrossel vom Schnabelansatz bis zur Schwanzspitze einfarbig beige-sandbraun. Kehle, Brust und Flanken wirken gelblich und der Bauch weiß. Die ganze Unterseite ist mit kleinen, schwarzbraunen Flecken besetzt. Die Unterseite der Flügel, die sog. „Achsel“, ist satt gelb-orange gefärbt - ein Merkmal zur Unterscheidung von der Rotdrossel, die hier hellrot ist.

Singdrosseln bewohnen einigermaßen dichte Baumbestände, also Gärten, Parks und Wälder. Zur Brutzeit meiden sie offene Landschaften. Früher waren die Singdrosseln reine Waldvögel - erst nach dem Ende der Bejagung siedelten sich auch einige in der Nähe menschlicher Siedlungen an.

Zur Brutzeit sind Singdrosseln sehr scheu und heimlich. Das Nest wird in Bäumen oder Büschen, meist nahe am Stamm und oft nicht höher als 1 m angelegt. Der Bau ist ein sorgsam, sauber geflochtenes Körbchen aus Zweigen und Halmen. Als Besonderheit und im Unterschied zu den oft recht lieder-

lichen Amselnestern „verputzt“ die Singdrossel die Innenseite des Nestes glatt mit einer festen Schicht aus Holzmulm, Erde und Speichel. Im April werden 4 - 6 intensiv hellblaue Eier mit wenigen runden und dunklen Tupfen gelegt und von beiden Eltern ca. 14 Tage bebrütet. Die jungen Nesthocker bleiben etwa 14 - 16 Tage im Nest. Dann „fliegen sie aus“: sie können zunächst nur flattern - und laufen. Vom Vater werden sie noch ein paar Tage betreut, dann müssen sie sich selbst versorgen, denn die Eltern beginnen dann bald noch eine zweite Brut.

Von besonderem Interesse sollte die Nahrung der Singdrosseln für die Gartenbesitzer sein. Neben Würmern und anderen Bodentieren fällt der hohe Anteil an Schnecken auf - oft sind es über 20 Prozent. Die zerbrochenen Gehäuse neben der sog.

„Drossel-schmiede“

verraten den hohen Anteil. Daneben werden auch Beeren und weiche Früchte verzehrt.

Leider hat auch der Singdrosselbestand abgenommen - hoffentlich ist



das nicht eine Folge der vermehrten Ausbringung von Schneckenkorn zur Bekämpfung der Schnecken.

Elbsee

Bei einem Rundgang um den Elbsee am 2. Februar d.J. konnte ich 100 Kanada-, 20 Bläß-, 10 Grau- und 1 Nonnengans feststellen.

Unterbacher See

Am 23.2. hielten sich dort 11 Zwergsäger auf - die Überwinterungszahlen nehmen hier anscheinend zu.

Die Anzahl der überwinternden Schnatterenten nimmt dagegen ab - der Grund ist nicht bekannt.

Mönchsgrasmücke

Bei einem Besuch in der Pfalz Mitte Februar konnten meine Frau und ich ein Männchen der Mönchsgrasmücke feststellen - so früh haben wir in Deutschland noch keine gesehen.

Zaunkönig

Beate und Frank Wolfermann entdeckten auf dem stillgelegten Gelände der alten „Korkenzieherbahn“ das Nest eines „intelligenten (?)“ Zaunkönigs. Ein Baum war durch eine weggeworfene Radkappe gewachsen, die in 1.50m Höhe im Stamme eingewachsen ist. Unter diesem „Dach“ hat sich ein Zaunkönig ein wasserdichtes Nest gebaut.

Kartierung von Brutvögeln

Im Rahmen einer Brutvogelkartierung für NRW wäre ich (V. Hasenfuß) dankbar, wenn mir Bruten von Schwalben, Eulen, Greifen und selteneren Singvögeln unter Tel. 02129/51365 gemeldet würden.

Live vom Falkenhorst

THORSTEN WIEGERS

Eine Videokamera liefert Live-Bilder vom Wanderfalkenhorst im Turm der Kirche Groß St. Martin in Köln. Die Arbeitsgemeinschaft Wan-

derfalkenschutz (AGW) im NABU installierte eine Videoanlage auf dem Gebäude der Kreishandwerkerschaft, die Bilder vom Brutablauf der Wanderfalken zu einem Monitor in einem Schaufenster in der Fußgängerzone sendet.

Schon seit einigen Jahren brüten Wanderfalken in Köln, von denen in ganz NRW nur noch 23 Brutpaare vorkommen. Dennoch eine stolze Bilanz, denn noch vor zehn Jahren war der Wanderfalk in NRW ausgestorben.

Im letzten Jahr wurde erstmals eine Beobachtungskamera im Turm der Kreishandwerkerschaft angebracht. Die positiven Erfahrungen dieser Maßnahme hat die Falkenschützer dazu bewogen, auch in diesem Jahr den Horst über eine Zeit von drei Monaten rund um die Uhr zu beobachten. Die Erkenntnisse zum Balz- und Brutverhalten und der Nahrungsgewohnheiten ermöglichen, die Artenschutzprogramme für Wanderfalken in Zukunft weiter zu verbessern. Ein ganz wichtiger Aspekt der Videoüberwachung ist der Schutz vor direkten Zugriffen des Menschen. Wanderfalkeneier sind immer noch ein begehrtes Diebesgut.

Vögel in England bedroht

Alarm für 17 Tierarten

Feldsperling, Feldschwirl und Rebhuhn stehen an der Spitze von 17 Vogelarten, die in Großbritannien vom Aussterben bedroht sind. Nach einem Bericht der Britischen Gesellschaft für Ornithologie sind die Populationen der gefährdeten Arten in den vergangenen 25 Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Alarmstufe I gelte auch für Singdrosseln, Kiebitz, Grauammern, Dompfaffen, Waldschnepfen, Feldlerchen, Turteltauben und die Schafstelze. Der Verlust ihrer natürlichen Lebensräume und Futterquellen durch neue Praktiken in der Landwirtschaft werden vor allem für die Gefährdung der Arten verantwortlich gemacht.

(Aus „Rheinische Post“)

Sumpfstendelwurz (*Epipactis palustris*)

Die Orchidee des Jahres 1998

VOLKER HASENFUß / AHO

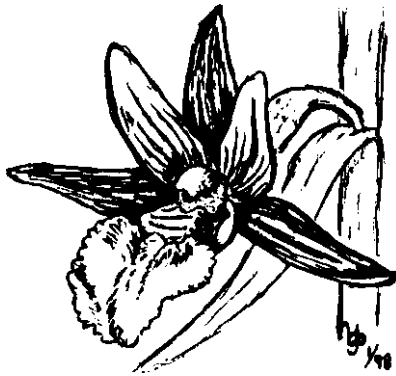
Die Sumpfstendelwurz wurde zur Orchidee des Jahres 1998 gewählt, weil sie derzeit mit die größten Rückgangstendenzen unter den Orchideen in ganz Deutschland zeigt. Sie gehört mit ihrer Größe und ihren wunderschön geformten und gefärbten Blüten zu den attraktivsten Orchideen unseres Landes.

Viele ihrer Lebensräume - Feuchtbiopte unterschiedlichster Art - wurden durch Trockenlegung, Nutzungsänderung oder Verbuschung zerstört. Dadurch ist die ehemals weit verbreitete Orchidee auf wenige isolierte Vorkommen zurückgedrängt worden. Es darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß *Epipactis palustris* extrem gefährdet ist, nur weil sie an ihren verbliebenen Wuchsorten gelegentlich noch in stattlicher Zahl zu finden ist.

Die wenigen noch vorhandenen Biotope der Sumpfstendelwurz bedürfen des besonderen Schutzes und - soweit möglich - der Rückführung in die bäuerliche Nutzungsmethode (z.B. einmal jährliche Mahd). Zur Zeit werden die notwendigen Pflegemaßnahmen (z.B. in der Eifel) durch die Arbeitsgruppen des Arbeitskreises

für heimische Orchideen „AHO“ durchgeführt.

Die Sumpfstendelwurz ist eine 20 - 70 cm hohe Pflanze mit 4 - 8 Laubblättern mit ausgeprägten Nerven. Die lockere Blütenähre trägt bis zu 20 Einzelblüten, welche relativ groß und spornlos sind. Die Blütenblätter sind weißlich mit hell purpurnem Grund, der rot geadert ist. Die Lippe besteht aus zwei Teilen, die Vorderlippe ist weiß und hat einen eingekerbten Rand. Die Hinterlippe ist schüsselförmig geformt mit gelblich/oranger Basis.



Die Blütezeit erstreckt sich je nach Höhenlage von Mitte Juni bis in den August hinein. Bevorzugte Lebensräume sind Moore,

Naßwiesen, nasse Dünen senken.

Die Verbreitung reicht im Süden bis nach Spanien, im Norden bis nach Skandinavien und im Osten bis nach Zentralsibirien.

(Literatur AHO = „Arbeitskreis heimischer Orchideen“ in NRW)



Die AGNU Haan verleiht:

Häcksler

(für Gartenabfälle und Äste bis zu 40 mm Durchmesser)

☛ 29 81 (Wolfermann)

Geschirr

(für bis zu 100 Personen)

☛ 95 81 00 (Kübler)

Die Wildbirne

Baum des Jahres 1998

VOLKER HASENFUß

Die Wildbirne ist eine der Stammformen der vielen Kultursorten, die in Obstgärten gezogen werden. Die Wildbirne gehört zu den seltenen einheimischen Baumarten. Die Umwandlung der Nieder- und Mittelwälder in Hochwälder und folglich die Konkurrenzstärke - vor allem der Buche - haben in erster Linie zur schleichenden Verdrängung der Wildbirne geführt. Auch die geringe wirtschaftliche Bedeutung und die Modernisierung der Landwirtschaft haben dazu beigetragen, daß die Wildbirne vom Aussterben bedroht ist.

Biobauern

Die 5 bis 15 m hoch werdende Wildbirne ist eine sehr lichtliebende Baumart und sollte durch gezielte Maßnahmen freigestellt werden, um den Konkurrenzdruck zu vermindern.

In verschiedenen Bundesländern werden zur Wahrung der Wildbirne als wertvolle genetische Ressource Programme zur Wiederansiedlung durchgeführt. Die Wildbirne hat einen ökologischen Wert für Insekten, Vögel und Säugetiere, erfreut uns im April/Mai mit ihrer Blüte und im Herbst mit ihrer Laubfärbung. Die kleinen Früchte dienen den Vögeln als Nahrung.



Bio - wohin man auch sieht

Gedanken und Erfahrungen eines 15-jährigen Schülers, dessen Herz zu 100 % für die Landwirtschaft schlägt

MARKUS ROTZAL

Da ich so ziemlich meine gesamte Freizeit, sei es bei verschiedenen Landwirten der Umgebung oder im eigenem Garten bzw. auf dem zur Verfügung gestelltem Acker mit Ackerbau und Viehzucht verbringe, möchte ich auf diesem Weg meine Eindrücke über biologische Landwirtschaft äußern.

Im großen und ganzen läuft die Arbeit ähnlich wie auf konventionellen Betrieben ab. Doch liegt die 'Tücke', wie so oft, im Detail. Beginnen wir bei der Aussaat der verschiedenen Früchte. Die meisten konventionellen Betriebe verwenden hierzu gekeimtes, also chemisch vorbehandeltes Saatgut. Im Gegensatz hierzu benutzt der 'Bio-Bauer' oft eigenes, nicht mit chemischen Mitteln behandeltes Saatgut, welches in dem vorbereiteten Boden eingebracht wird.

Während des Wachstums werden eventuelle Beikräuter nicht mit der Giftspritze, sondern, wenn überhaupt, durch die Untersaat von z. B. Weißklee bekämpft. Um den Nährstoffgehalt

des Bodens zu erhalten, wird Stalldung bzw. Mistjauche oder auch Gründüngung eingesetzt. Außerdem wird bei der Fruchtfolge darauf geachtet, daß diese so bodenverträglich wie möglich ist. Hierbei wird auch sehr oft ähnlich gearbeitet, wie es schon die aus dem Mittelalter vorhandene Drei-Felder-Wirtschaft vorsieht.

Bei der Tierhaltung in der Bio-Landwirtschaft werden fast immer hofeigene Futtermittel genutzt. Wird zusätzlich Kraftfutter eingekauft, wird nur solches aus Bio-Bestandteilen verwendet. Die Stallungen der Tiere werden kontrolliert, dabei wird z. B. darauf geachtet, daß Hühner nicht in Käfigen gehalten werden.

Biotonne seit 95 Jahren

1903 habe die damalige „Charlottenburger Abfuhrsgesellschaft“ (CHA) die getrennte Sammlung von biologischen Abfällen eingeführt, wobei nach amerikanischem Vorbild drei Behältern den Hinterhöfen aufgestellt wurden: eine Ringtonne für Küchenabfälle, einen Kasten für Asche und Kehrlicht und einen für Papier, Lumpen, Flaschen usw. Nach preußischen Grundsätzen sei die Einführung dieser Tonnen einfach über eine Polizeiverordnung erfolgt. Später sei dem Dreiteilungssystem ein Zweiteilungssystem gefolgt, das sich auf die Trennung von Küchenabfällen beschränkte. Bereits 1915 hätten die Berliner 30.000 t organische Abfälle gesammelt.

(Aus: „Das Grundeigentum“ 5/1998)

Jagdrtrieb

Ein Jäger aus dem US-Bundesstaat Arizona läßt es sich umgerechnet 750.000,- DM kosten, ein Dickhornschaf jagen zu dürfen. Soviel bezahlte der Mann, der anonym bleiben wollte, für die Lizenz zum Töten des Vierbeiners in der kanadischen Provinz Alberta im kommenden November. Insgesamt werden von der Organisation zwei Jagdscheine versteigert, einer für das Dickhornschaf und einer für einen Elch. Der Erlös kommt der Fauna Albertas zugute.

(Aus: Reuters-Wirtschaftsberichterstattung)

Förderung unerschöpflicher Energiequellen

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert im Rahmen des Programms „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen (REN-Programm)“ die Ausgaben für Errichtung, Reaktivierung und Ausbau von regeltechnischen Einrichtungen computergestützter Meß-, Regel- und Speichersysteme, Anlagen zur Verwertung von Abwärme, Wärmepumpen mit kombinierter Raumwärme- und

Warmwasserversorgung, Elektrowärmepumpen, thermische Solaranlagen, Absorber-, Speicher- und Luftkollektoranlagen, Biomasse- und Biogasanlagen, Wasserkraftanlagen bis 500 kW, Windenergieanlagen mit Netzanbindung und einer installierten Leistung ab 200 kW und Photovoltaikanlagen. Weitere Informationen und die Antragsunterlagen sind in der IHK-Innovationsberatung unter Tel. (0211)3557265 erhältlich.

(Aus: IHK-Zeitung Düsseldorf, 2.2.1998)

Neues StadtTicket der Bahn

Das StadtTicket gibt Geschäftsreisenden am Ziel ihrer Bahnreise zwei Tage freie Fahrt mit allen Nahverkehrsmitteln. Es ist erhältlich für 56 Städte und kostet je nach Größe des Geltungsbereichs zwischen 8 und 20 Mark. Die Vorteile: Man spart Taxikosten und muß sich in fremden Städten nicht mit Fahrkartenautomaten und Tarifsystemen herumplagen. Das StadtTicket kann jeder erwerben, der bei der Anreise mindestens 101 Kilometer im Zug zurücklegt. Es sollte vor der Anreise zusammen mit dem DB-Fernverkehrsfahrschein erworben werden, weil es am Zielort nicht erhältlich ist.

(Mitgeteilt von IHK Düsseldorf)

Nachtrag zum Kiebitz 4/97 - „Adressen und Anbieter“

Die GLS Bank ist jetzt im Internet vertreten: <http://www.gemeinschaftsbank.de>

Erlahmter Rückgang

Die magische Ziffer lautet 760 Mio. Tonnen. Auf diesen Wert, 25% weniger als 1990, soll nach dem Willen Bonns der Ausstoß klimaschädlichem Kohlendioxids bis zum Jahr 2005 sinken. Wie diffizil diese Herausforderung ist, zeigt die Entwicklung seit 1990. Nach anfänglichen Erfolgen, die aber vor allem auf den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie zurückzuführen sind, pendeln die Emissionen seit 1993 um 900 Mio. Tonnen. Im Straßenverkehr stagnieren zwar die Emissionen der Pkw seit 1990

trotz wachsender Fahrleistungen; allerdings stiegen die Lkw 1996 mindestens 11 Millionen Tonnen mehr CO₂ aus als 1990.

Kohlendioxid-Emissionen in Mio. Tonnen

	1990	1996
Industrieprozesse	28	25
Industriefeuerungen	213	150
Straßenverkehr	150	161
übriger Verkehr	22	20
Haushalte	129	142
Kleinverbraucher	76	70
Kraft- und Fernheizwerke	398	343
Insgesamt*)	1014	910

*) Rundungsdifferenzen

Quelle: Umweltbundesamt (Aus <Die Zeit>)

NABU macht Joschka Fischer zum Naturstrom-Aktionär

Zu seinem 50. Geburtstag schenkte der NABU Joschka Fischer eine Aktie der <Naturstrom Aktiengesellschaft (NATAG)> im Nennwert von 100 DM. Das vor kurzem gegründete Unternehmen plant, bundesweit im liberalisierten Strommarkt ausschließlich Elektrizität aus regenerativen Energiequellen zu vertreiben. <Damit werden die Verbraucher endlich die Möglichkeit haben, ausschließlich Strom aus umwelt- und naturverträglicher Produktion zu kaufen“, erklärte NABU-Präsident Jochen Flasbarth bei der Übergabe des Geschenks.

Joghurtbecher aus Zuckerrüben

Eine Revolution auf dem Verpackungssektor könnte sich mit einem neuen Joghurtbecher aus Milchsäure ankündigen. Die Danone-Gruppe, Paris will 1998 bereits 40 bis 50 Millionen kompostierbare Becher aus dem nachwachsenden Rohstoff Zuckerrübe absetzen. Diese Zahl ist angesichts des Gesamtmarkts von 3,5 Milliarden Bechern noch nicht hoch. Wenn der Verbraucher die neuen Verpackungen akzeptiert, könne jedoch nach und nach die gesamte Milch-

produktpalette umgestellt werden.

Der neue Becher kostet zwar noch drei Mal so viel wie ein herkömmlicher Kunststoffbehälter. Im Endeffekt werde der Verbraucher für den Biomilch-Joghurt nicht mehr zahlen. Entsorgt wird der Becher über die Gelbe Tonne und das Duale System, da im privaten Kompost nicht die erforderliche Mindesttemperatur von 55 Grad gewährleistet ist.

(Aus <Süddeutsche Zeitung> Nr. 235/1997)

Boden- und Bauschuttbörse

Sie wissen nicht wohin mit Ihrem Bodenaushub oder Ihrem Bauschutt? Dann versuchen Sie ihn doch einfach einmal bei der Boden- und Bauschuttbörse anzubieten. Wenn Sie einen T-Online-Anschluß besitzen, erreichen Sie sie einfach über *20757900#. Ansonsten steht Ihnen gerne die Gewerbeabfallberatung des Kreises Mettmann unter der Telefonnummer (0 21 04) 99 - 28 65 zur Verfügung.

(Aus <Wochenpost> vom 14.4.98)

Verkaufsschluß statt Schlußverkauf

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat dem Präsidenten des Deutschen Naturschutzrings DNR Professor Wolfgang Engelhardt die Zusage gegeben, sich dafür einzusetzen, daß keine bundeseigenen Grundstücke in den Nationalparks und Naturschutzgebieten der neuen Bundesländer mehr privatisiert werden. In einer Gesprächsrunde im Kanzleramt, an der Vertreter des Umwelt- und Finanzministeriums sowie der ausführenden Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft BVVG teilnahmen, einigten sich die Beteiligten bereits auf die Aussage, daß die Treuhand-Nachfolgegesellschaft BVVG beim Verkauf immerhin <äußerste Zurückhaltung> üben wolle.

Sicherlich hat zu dieser Entscheidung auch die Postkartenaktion des NABU beigetragen, die auch die AGNU Haan im letzten Kiebitz mitunterstützte.

Pikantes aus der Vollwertküche

KARIN HOPPE

Lauchtorte

Für den Teig: 250 g Weizenvollkornmehl, 1/2 TL Salz, 4 EL kaltes Wasser, 125 g Butter

Für den Belag: 500 g Lauch (geputzt gewogen), 1 EL Butter, 1 EL Weizenvollkornmehl, 100 ml Milch, 2 Eier, 150 g Creme fraiche, Salz, Pfeffer, Muskat nach Geschmack, 100 g geriebener Käse; Fett für die Springform

Die Zutaten für den Teig verarbeiten und ca. 30 Minuten kühl stellen. Lauch putzen, in Ringe schneiden und in der Butter andünsten. Weizenvollkornmehl unterrühren und ausquellen lassen. Milch, Eier und Creme fraiche verschlagen. Etwa 2/3 dieser Mischung unter den Lauch rühren und mit den Gewürzen pikant abschmecken. Restliche Eiermilch mit dem Käse verrühren. Teig in eine ausgefettete Springform geben, ausdrücken und einen Rand von ca. 3 cm hochziehen. Mit der Gabel mehrmals einstechen. Im vorgeheizten Backofen bei 200 Grad vorbacken. Dann die Lauchmasse darüber geben und die Käsecreme darüber verteilen. In ca. 30 Minuten fertig backen.

Sesamkranz mit pikanter Käsecreme

Für den Sesamkranz: 1/4 l Wasser, 50 g Butter, Prise Salz, 150 g Weizenvollkornmehl, 4 Eier, 1 TL Backpulver, 1 EL Sesam; Fett für das Backblech

Für die Füllung: 50 g Butter, 100 g Doppelrahmfrischkäse, evtl. 1 Knoblauchzehe, 1 Zwiebel, 2 EL gehackte Kräuter, 1/2 rote Paprikaschote, Pfeffer, Salz, Chillipulver nach Geschmack

Für den Kranz Wasser, Butter und Salz in einem Topf zum Kochen bringen. Mehl auf

einmal zugeben und schnell zu einem glatten Teig verrühren, so daß sich in der Topfmitte ein Kloß bildet. Ein Ei verschlagen und unter den noch heißen Teigkloß rühren. Alles abkühlen lassen. Dann die weiteren Eier unterrühren. Backpulver unterheben. Den Teig portionsweise und in Form eines Kreises auf einem gefetteten Backblech verteilen. Mit Sesam bestreuen und im vorgeheizten Backofen bei 200 Grad in ca. 40 Minuten backen.

Den Sesamkranz aufschneiden und nach dem Abkühlen mit der Käsecreme bestreichen. Für die Käsecreme Butter und Doppelrahmfrischkäse verkneten. Evtl. 1 zerkleinerte Knoblauchzehe sowie die feingewürfelte Zwiebel zugeben. Kräuter und die in feine Würfel geschnittene Paprikaschote unterrühren. Mit den Gewürzen pikant abschmecken.

Käsekräcker

300g Weizenvollkornmehl, 1 TL Salz, 60 g geriebener Gouda, 40 g Parmesan, 30 g Butter, 1/4 l Wasser; Fett für das Blech; 50 g geriebener Gouda zum Bestreuen

Mehl mit Salz, Käse, weicher Butter und Wasser zu einem glatten Teig verrühren und ca. 15 Minuten ausquellen lassen. Backblech fetten und den Teig portionsweise darauf verteilen. Gleichmäßig ausdrücken, mit Käse bestreuen und in kleine Quadrate oder Rechtecke schneiden. Im vorgeheizten Backofen bei 200 Grad in ca. 30 Minuten backen.

Man sollte nie die gleiche Dummheit zweimal machen, denn die Auswahl ist groß genug.

Bertrand Russell

Und sonst?

(fw) In dieser ständigen Rubrik berichten wir über die Aktionen des vergangenen Quartals, um einerseits die AGNU-Arbeit und die des Vorstandes transparenter zu machen, und andererseits auf diese Art vielleicht weitere Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu ermuntern.

Schreiben

In Schreiben an unterschiedliche Stellen haben wir auf Mißstände in Haan aufmerksam gemacht oder Anregungen gegeben.

- * Schreiben an MdL Eichenseher (Bündnis 90/ Die Grünen) wegen L357n
- * Schreiben an Kreis Mettmann wegen angeblicher Verkehrszählung Hochstraße
- * Schreiben an SPD Griten wegen derer Zustimmung zum Golfplatz
- * Schreiben an Bürgermeister Mönikes mit der Anregung, Wiedenhof als Siedlung mit Niedrigenergiebauweise zu planen - leider abgelehnt
- * Schreiben an MURL wegen Geruchsbelästigungen durch Autoabgase in Griten
- * Schreiben an ULB wegen Anlegung einer Driving Range auf vorgesehenen Golfplatz

§29-Stellungnahmen

Zwar nicht die AGNU selbst, aber die darin zusammenarbeitenden Verbände BUND, NABU und RBN sind nach §29 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) anerkannte Verbände, die vor bestimmten Maßnahmen gehört werden müssen. Darüberhinaus bietet uns die Stadt Haan die Gelegenheit, zu Bebauungsplänen u.ä. Stellung zu nehmen. Wir gaben im vergangenen Quartal folgende Stellungnahme ab:

- * Anregungen zum Bebauungsplan 18b (Zwengenberger Str.)
- * Anregungen zur Bebauungsplanänderung 10a (Dürer-/Menzelstr.)
- * Verschiedene Bedenken gegen den Gebietsentwicklungsplan

Pressearbeit

Pressemitteilungen werden in vielfacher Ausfertigung in die im Rathaus stehenden Pressekörbe verteilt. Im allgemeinen ist die Resonanz in der Presse gut, unsere Mitteilungen werden abgedruckt und oftmals auch noch FotografIn und BerichterstatteIn geschickt.

- * Pressemitteilungen zu unseren Veranstaltungen
- * Hinweis auf neuen Kiebitz
- * Stellungnahme zum Golfplatz Griten (s.a. S. 26)
- * Stellungnahme zur CDU-Pressemitteilung bez. Strom-Konzessionsvertrag
- * Gute Resonanz auf Schrotti beim Bürgerfest
- * Ausführliche Berichte über „LA 21“
- * Berichte über Reinigungsaktion „Itter“, 750. Kropfweide, Krötenvortrag und -aktion

Sonstiges

- * Teilnahme an den Treffen der Kreisgruppen von NABU und BUND
- * Unsere Internet-Seite wird ab und zu gelesen (360 Besucher bis Mitte Mai 1998)
- * Unser Geschirr- und Häckslerverleih wird immer wieder gerne in Anspruch genommen.
- * Kopfweidenschnitt Voisholz (s.a. S. 21)
- * Entbirkung Grube 7 (s.a. S. 20)
- * Bachreinigung Ittert (s.a. S. 19)
- * Aufbau, Überwachung und Abbau der Krötenzäune Hahnenfurter Weg und Reiterhof Hermgesberg
- * Korkenfest auf Gut Ellscheid
- * Teilnahme am Bürgerfest mit Schrotti
- * Pflanzentauschbörse
- * Statt Vorstandstreffen Besuch der Veranstaltung mit Bauminister Vesper
- * Zusammen mit Bürgermeister Mönikes Auftaktveranstaltung zur Lokalen Agenda 21

Monatstreffen

- * Februar: Amphibienvortrag von Andreas Förster
- * Mai: Pflanzentauschbörse

Greenpeace kämpft für ein weltweites Walschutzgebiet

Der endgültige Schritt zum Schutz der Wale

RALF SONNTAG

Noch nie war ein weltweiter Schutz der Wale so greifbar nah! Und noch nie war er gleichzeitig so gefährdet. In diesem Jahrhundert sind die Wale durch eine erbarmungslose Jagd an den Rand des Aussterbens gebracht worden. Erst seit 1986 hat sich die Situation gebessert. Damals nämlich wurde von der Internationalen Walfangkommission (abgekürzt IWC) das Verbot des kommerziellen Walfangs beschlossen. In den letzten Jahren schien es um die Wale ruhiger zu werden.

Doch die scheinbare Ruhe der letzten Jahre hatte eine fatale Folge: Die Walfänger aus Japan und Norwegen fühlen sich wieder im Aufwind und wollen das Walfangmoratorium kippen. So ist die IWC zur Zeit Schauplatz heftigster Auseinandersetzungen. Hinter den Kulissen dieses Gremiums wird heftig gerungen und geschoben. Erstaunliche Dinge geschehen dabei:

So machte eine ganze Gruppe von kleinsten Inselstaaten, z.B. Domenica, Antigua und Grenada, die stimmberechtigte Mitglieder der IWC sind, eine plötzliche Kehrtwendung. Sie stimmen seitdem immer so ab, wie Japan es wünscht. Viele vermuten, daß plötzlich einsetzende Geldströme aus Japan, als Entwicklungshilfe deklariert, die Ursache für diese Kehrtwendung sind. Mit solchen Praktiken versuchen Japan und Norwegen das Walfangmoratorium zu kippen.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Mehr und mehr Staaten sind bereit, einen endgültigen Schlußstrich unter den Walfang zu ziehen. So wichtige Länder wie Australien, Neuseeland, England und auch die USA diskutieren ernsthaft die Idee eines weltweiten, absoluten und dauerhaften Walschutzgebietes. Das ist eine einmalige Chance, die wir nutzen müssen!!

Wie kam es dazu?

Irland hatte in der IWC noch vor einem halben Jahr einen Vorschlag unterbreitet, nach

dem zwar der Walfang auf der hohen See verboten, der küstennahe Walfang aber wieder erlaubt werden sollte. Selbst dieser Vorschlag wurde von beiden Ländern arrogant abgelehnt. Stattdessen haben Japan und Norwegen die Absetzung des zur Zeit noch existierenden Walfangmoratoriums verlangt und haben sogar ihren aktuellen Walfang noch ausgedehnt. Deshalb wurden beide Länder erneut von der IWC aufgefordert, sich an die internationalen Vereinbarungen zu halten. Bei diesem Streit wurde deutlich, daß Japan und Norwegen nach wie vor das Ziel verfolgen, den Handel mit Walprodukten wieder weltweit zu legalisieren.

So ist die IWC heute an einem Scheideweg: Entweder es droht eine neue Welle des Walfangs, oder es setzen sich diejenigen durch, die die Wale auf allen Weltmeeren schützen wollen. Für uns gilt jetzt möglichst viele Länder hinter die Forderung nach einem „Weltpark für die Wale“ zu bringen. Wenn dafür eine 3/4 Mehrheit auf dieser IWC oder einer der Folgekonferenzen zustande käme, wären die Wale endlich vor dem Walfang geschützt.

Dieser Schutz für die Wale wird auch immer nötiger, da neuartige Bedrohungen für die Wale entstanden sind. Wale verenden jämmerlich in Treibnetzen, und die chemische Verschmutzung der Meere macht die Tiere krank oder schwächt ihr Immunsystem.

Sehr geehrter Herr Minister Borchert,

die Kompromißunwilligkeit der japanischen und norwegischen Regierung zeigt, daß die Erhaltung der Walbestände nur durch Einrichtung eines Welparks für Wale erreicht werden kann. Bitte setzen Sie sich aktiv für die Schaffung eines solchen weltweiten Walschutzgebietes ein!

Der kommerzielle Walfang ist seit 1986 verboten. Trotzdem wurden seitdem über 20.000 Wale getötet. Hauptverantwortlich hierfür sind Japan und Norwegen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, daß die Bundesrepublik Deutschland aktiv diplomatischen Druck auf diese Länder ausübt, um sie zur Einhaltung der Beschlüsse der Internationalen Walfangkommission (IWC) zu bewegen.

Setzen Sie sich für den „Welpark für die Wale“ ein.

Ich erwarte von der Bundesregierung einen starken, öffentlichen Einsatz bei den Verhandlungen der Internationalen Walfangkommission zum Schutz der Wale!

Mit freundlichen Grüßen

Datum

Unterschrift

Bitte mit
1,- DM
freimachen!

Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Jochen Borchert

Rochusstr. 1

53123 Bonn

Die Haltung Deutschlands

Immer noch gibt es Regierungen, die sich in diesem Streit nicht klar geäußert haben, wofür sie votieren werden. Und leider gehört zu diesen Taktierern auch die deutsche Bundesregierung!

Seit Ende der 30er Jahre betreibt Deutschland keinen Walfang mehr. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum sich Deutschland die Option auf einen möglichen, zukünftigen Walfang offenhalten sollte.

Zuständig für die Position der Bundesregierung in der Internationalen Walfangkommission ist Landwirtschaftsminister Borchert, und nicht etwa das für Arten- und Naturschutz zuständige Umweltministerium! Bisher scheiterte eine Änderung aber an der sturen Haltung der Bonner Regierung.

Wenn der deutsche Landwirtschaftsminister sich jetzt nicht konsequent für den Schutz der

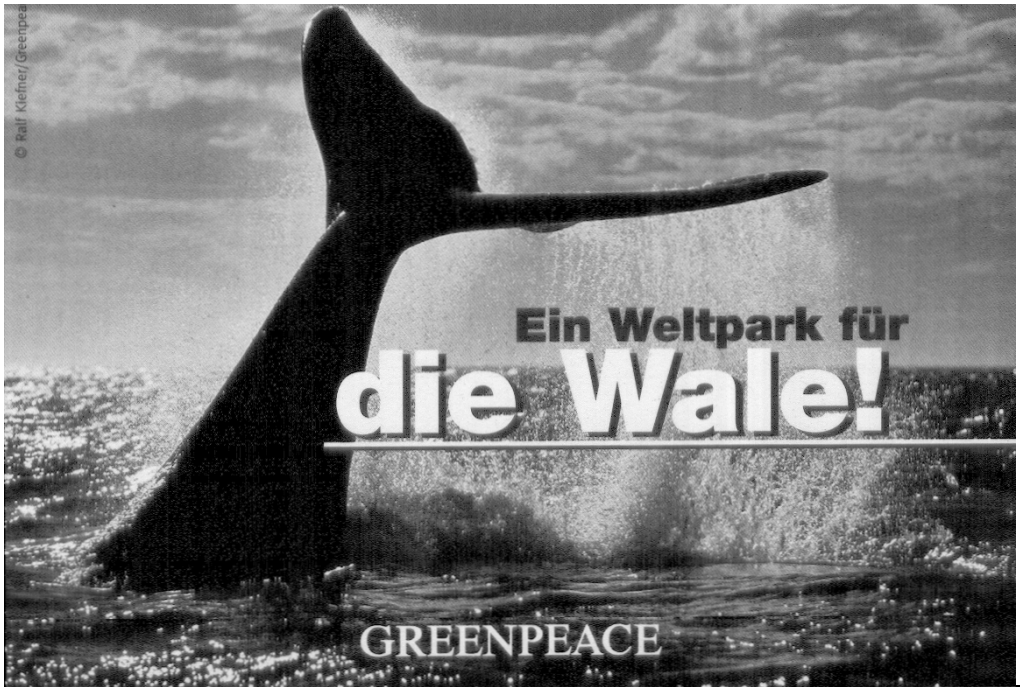
Wale einsetzen will, bleibt der Verdacht, daß er mit den Walen um Fischereirechte mit Norwegen schachern will. Motto: „Ich geb Dir Walfangrechte, gib Du mir Fischereirechte“.

Wir dürfen keine Zeit verlieren: Oben finden Sie eine Protestpostkarte an Landwirtschaftsminister Borchert.

- * Schicken Sie ihm diese Karte.
- * Schreiben Sie ihm Briefe.
- * Schicken Sie ihm Faxe (Fax.-Nr. 0228-529 42 62).

Es ist das Jahr der Bundestagswahl. Borcherts Delegation soll auf der nächsten Tagung der IWC endlich Farbe bekennen und sich für einen konsequenten Schutz der Wale einsetzen. Seine Delegation soll den Vorschlag des „Welparks für Wale“ unterstützen.

(Dr. Ralf Sonntag ist Leiter der Kampagne zum Schutz der Wale bei Greenpeace)



AG Natur + Umwelt Haan e.V. - AGNU Haan

Die AGNU Haan e.V. unterstützt die in Haan für den Umwelt- und Naturschutz tätigen Verbände. Sprechen Sie uns an, wenn Sie mehr über unsere Arbeit wissen möchten:

BUND

Sven M. Kübler
Am Bandenfeld 50
☎ (0 21 29) 95 81 00

NABU

Frank Wolfermann
Am Bandenfeld 28
☎ (0 21 29) 29 81

RBN

Marjan van Dijk
Menzelstraße 20
☎ (0 21 29) 5 01 30

NABU (Gruiten)

Hans-Joachim Friebe
Heinhauserweg 24
☎ (0 21 04) 6 12 09

Oder informieren Sie sich direkt bei unseren Arbeitskreisen (AK):

AGNU jugend

Markus Rotzal
Westring 393, 42329 Wuppertal
☎ (02 12) 59 01 57

Kindergruppe

Birgit Anders / M. van Dijk
Menzelstraße 20
☎ (0 21 29) 5 01 30

AK Energie

Bert van Dijk
Menzelstraße 20
☎ (0 21 29) 5 01 30

AK Haushalt und Garten

Christiane Schmitt
Buchenweg 5
☎ (0 21 04) 6 15 84

AK Biotopschutz

Heidi Linke
Friedhofstraße 45
☎ (0 21 29) 83 37

AK Keine K20n

Hubert Flintrop
Blumenstraße 20
☎ (0 21 04) 6 00 77

Die Termine unserer regelmäßigen Treffen im AGNU-Haus in der Erkrather Straße 39 finden Sie in der Mitte des "Kiebitz". Gäste sind jederzeit gerne willkommen!

Spenden auf Konto: Nummer 221 085 bei der Stadtparkasse Haan BLZ 303 512 20